

NÖGEMEINDE

FACHJOURNAL FÜR GEMEINDEPOLITIK

Gewinne privatisieren Verluste sozialisieren?

SCHWERPUNKT. INFRASTRUKTUR



HANDYMASTEN

Endspiel
mit Türmen -
Schach! Matt?

EVENT

Im Autobus erfahren,
**wie Gemeinden
effizienter werden**

KOMMUNAL WIRTSCHAFTS FORUM 2024

& FLGÖ BUNDESFACHTAGUNG

Von 24. – 26. April 2024 laden wir Österreichs Entscheidungsträger zum 11. Kommunalwirtschaftsforum in Europas Kulturhauptstadt Bad Ischl. Auf mehr als 200 TeilnehmerInnen warten zwei spannende Kongresstage gefüllt mit inspirierenden Keynotes, interaktiven Workshops und hochkarätig besetzten Podiumsdiskussionen.

24. – 26. APRIL 2024 // BAD ISCHL



KOMMUNAL

**KOMMUNAL
BEDARF.AT**

Deloitte.

**Raiffeisen
Leasing**



SIEMENS



JETZT ANMELDEN

AUF WWW.KOMMUNALWIRTSCHAFTSFORUM.AT

SCHWERPUNKT. INFRASTRUKTUR



© Komposit: Colin N. Perkel/Smileus - stock.adobe.com

Ein Arzt im Ort, eine funktionierende Breitbandversorgung oder ein Wirtshaus. Immer öfter müssen sich Gemeinden selbst darum kümmern, Infrastruktur zu schaffen.

04 Endspiel mit Türmen – Schach! Matt?

Handymasten – Gemeinden fürchten um Pachteinahmen

08 Investieren, bis der Arzt kommt

Was Gemeinden tun, um die medizinische Versorgung sicherzustellen

10 Ohne Gigabyte keine Heiterkeit

Probleme mit dem Glasfaserausbau

12 Bankomat-Sterben – Bares ist Rares

Immer mehr Gemeinden müssen für einen Geldautomaten im Ort bezahlen

14 Die Akte ÖBB – Gemeinden unter den Rädern

Mehr Kommunikation soll für Verbesserung sorgen

17 Die Last der Zustimmung

Wie man Mut zum Neinsagen bekommt

18 Vom Kampf zur Gestaltung

Wie verhandelt man mit Forderungsstellern?

20 Lokale Wiederbelebungen

Wie Gemeinden (wieder) zu einem Lokal kommen

POLITIK



© Markus Berger

24 Im Autobus erfahren, wie Gemeinden effizienter werden

Neues Event-Format des NÖ Gemeindebundes

AUS ERSTER HAND

KEIN ROSINENPICKEN BEI INFRASTRUKTURINVESTMENTS



Diese Ausgabe der NÖ Gemeinde beleuchtet die „kritische und Daseins-Infrastruktur“ in unserem Land. Denn damit haben wir in den Gemeinden umfassend zu tun: Einerseits, weil wir selbst solche Infrastrukturen betreiben. Wasser oder Kläranlage zum Beispiel und deshalb auch wissen, welche Verantwortung daran hängt. Andererseits, weil externe Träger derartiger Infrastrukturen auch eng mit den Gemeinden verbunden sind oder auch ständig Anliegen an die Gemeinden haben. Und weil wir diese Dienste – wie Mobilfunk oder Landarztversorgung oder Bankomaten und auch Nahversorger und Postdienste – für unsere Gemeinden dringend brauchen. Eigentlich hat ein „Mobilfunkler“ mit der zugehörigen Sendemastenfirma und dem Wunsch an einige Gemeinden, die Mietkosten für Handymasten dramatisch abzusenken ausgelöst, dass wir diesmal etwas genauer hinschauen. Und wir zeigen einfach einmal auf, wie denn diese und andere „Infrastrukturpartner“ aktuell agieren. Als dann noch die Androhung im Raum stand, dass der besagte Handymastbetreiber unter Ausnutzung eines Gesetzes die Mietkostenabsenkung auch noch über die Köpfe der betroffenen Gemeinden hinweg einfach durchsetzen würde, haben alle Alarmglocken geläutet.

Natürlich agieren nicht alle Unternehmungen gleich, und zwischen Landarzt-, Post- und Handyversorgung liegen „Welten“, was Regulierung und gewachsene Organisation dieser Bereiche anlangt. Aber ein Muster zieht sich überall durch: Dort, wo massiv privatisiert wurde und besonders, wo internationale Investmentfirmen im Spiel sind, da werden GEWINNE privatisiert und VERLUSTE sozialisiert. Soll heißen: In Ballungsräumen und Boomregionen wird „verdient“. Wenn aber ein Standort für den Bankomaten im Traisen-/Gölsental nicht mehr lukrativ ist, wird zugesperrt. Oder wenn bei einem Handymast im Kamptal zu wenig SIM-Karten eingeloggt sind, soll die Gemeinde auf die Miete verzichten und in der Konkurrenz um die Landarztversorgung werden Gemeinden „stark motiviert“ Arztpraxen zu bauen und Mieten zu übernehmen, auch wenn wir ohnehin schon große Anteile unserer Budgets in die Gesundheitsversorgung investieren. Es soll hier nicht der Eindruck entstehen, dass internationales und nationales Investmentkapital schlecht wäre. Infrastrukturinvestments dürfen sich aber nicht nur die Rosinen picken, sondern müssen immer auch eine Gesamtverantwortung mitübernehmen. Dafür ist gerade bei der Daseinsvorsorge und bei Infrastrukturen eine starke „Regulierung“ von privaten Investments mehr denn je erforderlich. Und manchmal, wenn der Bogen überspannt wird, dann müssen wir auch „NEIN“ sagen!

BGM. DIPL.-ING. JOHANNES PRESSL, PRÄSIDENT


SCHWERPUNKT. INFRASTRUKTUR

Endspiel mit Türmen – Schach! Matt?

Internationale Finanzinvestoren haben die Handyinfrastruktur des Landes in ihren Besitz gebracht. Nun fürchten Gemeinden um Pachteinnahmen und stille Enteignung ihrer Grundstücke. [✉ VON OSWALD HICKER](#)

Derzeit herrscht in Niederösterreich Goldgräberstimmung. Wie einst im Wilden Westen werden Claims abgesteckt, es wird versucht, Land günstig in Besitz zu nehmen. Grund für den neuen Goldrausch ist aber nicht das funkelnde Edelmetall wie einst am Klondike oder das schwarze Gold in Texas. Die Ressource, um die ein derartiges Griss ausgebrochen ist, sind die besten Standorte für Mobilfunk-Sendeanlagen.

Internationale Finanzinvestoren liefern sich gerade ein erbittertes Match um die heimische Infrastruktur. Auf der Strecke bleiben dabei Grundeigentümer wie Gemeinden, die unter Ausnutzung rechtlicher Regelungen um Pachteinnahmen und sogar Grundstücke umfallen könnten. Der Haussegen zwischen Niederösterreichs Gemeinden und Sendemasten-Gesell-

schaften hängt mancherorts gerade mehr als schief.

Mobilfunkpakt beendete Wildwuchs

Dabei war Niederösterreich noch vor kurzer Zeit das „gelobte Land“ in der heißumfiedeten Welt des Mobilfunks. Sämtliche große Betreiber von Handynetzen einigten sich 2005 mit dem Land auf den Niederösterreichischen Mobilfunkpakt. Diese freiwillige Selbstbeschränkung kam unter der Führung von Landeshauptmann Pröll zustande, weil ein gewisser „Wildwuchs“ an Sendeanlagen für Unruhe sorgte. In Wild-West-Manier stampften die Betreiber schon damals jeder für sich Sendemast um Sendemast aus dem Boden. Damals waren es vor allem besorgte Anrainer, die wegen gefürchteter Auswirkungen auf die Gesundheit oder



Komposit: © Emil/ Colin N. Perkel - stock.adobe.com

das Landschaftsbild vor diesem Wildwuchs warnten.

In einem Kraftakt konnten sich die Betreiber mit dem Land auf einen vernünftigen Modus einigen. Die Zahl der Standorte wurde durch Mehrfachnutzung der Masten reduziert. Die Mobilfunkbetreiber verpflichteten sich dabei, ihre aktuellen Standortplanungen der betroffenen und dem Pakt beigetretenen Gemeinden vorzulegen, wobei sie neue Maststandorte vor Mitteilung an die Gemeinde untereinander abstimmten. Die Gemeinde konnte Alternativen zu geplanten Standorten vorschlagen, die Unternehmen sagten zu, diese auf deren Eignung zu prüfen. War dabei ein Alternativstandort passend, dann wurde der „Wunschstandort“ der Gemeinde realisiert. Viele der neuen Sendeanlagen entstanden seither auf

Gemeindegründen. Die Mieteinnahmen aus den Verträgen sicherten den Budgets kleine Zusatzeinnahmen von bis zu 1.000 Euro im Monat.

Druck auf Gemeinden, Grundstücke zu verkaufen

Der Pakt nahm einiges an Brisanz aus der Debatte. Seither wurde es friedlich und still um die Causa Handymasten. Bis vor wenigen Monaten. Denn fast 20 Jahre nach dem Abschluss des ersten Paktes scheint es, als wäre es höchst an der Zeit für eine Neuauflage. Was war passiert? Immer mehr verwunderte Bürgermeister baten den NÖ Gemeindebund gegen Ende des Vorjahres um Rechtsauskünfte. Von verschiedenen Netzbetreibern beauftragte Außendienstmitarbeiter traten an einige Gemeinden heran und legten ein wenig subtiles Angebot auf den Tisch: Die Gemeinden sollten ihre Grundstücke, auf denen Handymasten „eingemietet“ waren, günstig an die Netzbetreiber verkaufen. Würde das „humane“ Angebot nicht angenommen, dann würden die Handyriesen das Standortrecht für das Grundstück aufgrund des Telekommunikationsgesetzes ohnehin zu einem Einheitswert von 10.200 Euro bekommen.

Gemeinden können sich kaum wehren

Tatsächlich besteht seit 2021 die Möglichkeit, dass sich Netzbetreiber das Standortrecht für Grundstücke in öffentlichem Besitz günstig „einverleiben“ können: In § 59 des Telekommunikationsgesetzes ist geregelt, dass sich Grundstückseigentümer der öffentlichen Hand kaum mehr dagegen zur Wehr setzen können, wenn ein Mobilfunkbetreiber eine Sendeanlage auf ihrem Grundstück errichten will. Wird keine Einigung mit dem Eigentümer erzielt, dann kann der Netzbetreiber die Regulierungsbehörde RTR als Schlichtungsstelle einschalten, die das Standortrecht für das gewünschte Grundstück der Netzinfrastruktur zusprechen kann. Die Begründung für diese de facto Enteignung ist das öffentliche Interesse am Ausbau der kritischen Infrastruktur. Als einmaliger Entschädigungs-Richtwert für eine derartige „Zwangsmassnahme“ wurden damals die oben erwähnten 10.200 Euro pro Grundstück festgelegt.

🗨️ Sollten wir nicht zustimmen, dann käme das Standortrecht laut Telekommunikationsgesetz zum Tragen. **Der Gemeinde würde viel Geld entgehen.**


Michael Strommer
Bürgermeister
von Schönberg am Kamp



© Müller-Reinwein

Genau damit argumentieren nun die Infrastrukturbetreiber gegenüber den Gemeinden. Diese sollten laut dem Gemeinbund vorliegenden Schreiben ihre Grundstücke, auf denen bereits Sendemasten stehen, gleich an die Mobilfunkvermarkter verkaufen. Die vorliegenden Angebote betragen zwischen 30.000 und 70.000 Euro pro Grundstück. Motto: Nimm das Geld gleich, gib uns dafür dein Grundstück, denn wenn wir wollen, bekommen wir das Standortrecht ohnehin weit günstiger.

Gemeinden verweigern

Bürgermeister Johann Köck aus Prellenkirchen ist einer der Empfänger eines derartigen Schreibens. Köck: „Uns wurden 65.000 Euro Kaufpreis geboten, wenn wir ein Grundstück am Gelände der Kläranlage, auf dem ein Handymast steht, an den Betreiber verkaufen. Im Schreiben wurde aber auch darauf hingewiesen, dass uns laut Telekommunikationsgesetz eine Nutzungsentschädigung von einmalig nur 10.200 Euro zustehen würde. Ich denke aber überhaupt nicht daran, zu verkaufen. Derzeit bekommen wir vom selben Betreiber 800 Euro Miete im Monat. Der Vertrag läuft 20 Jahre. Das sind Einnahmen von 192.000 Euro über die Laufzeit. Verglichen damit ist das Kaufangebot unangemessen wenig. Ich sehe überhaupt nicht ein, warum hier in bestehende Verträge eingegriffen werden soll.“

Auch in Au am Leithaberge flatterte ein Schreiben eines Mastenbetreibers in die Amtsstube. Bürgermeisterin Reka Fekete: „Auch



Johann Köck, Bürgermeister von Prellenkirchen: „Ich sehe überhaupt nicht ein, warum in bestehende Verträge eingegriffen werden soll.“

bei uns war das Kaufangebot weit unter den vertraglich zugesicherten Mieteinnahmen. Das Schreiben kam wenige Tage vor einer Gemeinderatssitzung bei uns an, und es war schon Druck zu spüren, dass wir das gleich in der nächsten Sitzung beschließen sollen. Wir haben uns aber nicht drängen lassen und wollen keinesfalls unterschreiben.“

Ein Vorgehen, hinter dem offenbar firmenübergreifend System stecken dürfte. Denn ähnlich eilig hatte es auch eine Mitbewerberfirma in Schönberg am Kamp. Bürgermeister Michael Strommer: „Im Vorjahr kurz vor Weihnachten kam ein Vertreter eines Senderbetreibers zu uns und wollte uns das Grundstück, auf dem seit langem ein Sendemast steht, abkaufen. Zu einem ‚einmaligen‘ Preis von 30.000 Euro. Sollten wir nicht zustimmen, dann käme das Standortrecht laut Telekommunikationsgesetz zum Tragen und wir würden nur 10.200 Euro bekommen. Derzeit gibt es einen aufrechten Pachtvertrag, aus dem die Gemeinde 4.500 Euro im Jahr bekommt. Das heißt, der Kaufpreis würde gerade einmal die Pacht für knapp sieben Jahre abdecken. Insgesamt läuft der Pachtvertrag auf 25 Jahre, würde somit 112.500 einbringen. Der Gemeinde würde also viel Geld entgehen.“

Wem gehört die Mobilfunk-Infrastruktur?

Ähnliche Vorfälle wurden aus allen Vierteln Niederösterreichs gemeldet. Ganz offensichtlich wurde in der Branche gerade ein Wettrennen um die besten Mastenstandorte gestartet. Die Sendemastengesellschaften schickten kein eigenes Personal zu den Gemeinden, sondern beauftragten externe Vertriebsagenturen mit einer Vollmacht, offensiv an die Gemeinden heranzutreten.

Bild links: Reka Fekete, Bürgermeisterin von Au am Leithaberge: „Wir haben uns nicht drängen lassen und wollen keinesfalls unterschreiben.“



Grund genug, sich die handelnden Netzbetreiber einmal genauer anzusehen. Wem gehört eigentlich die kritische und hochsensible Infrastruktur in Österreich?

Eine Recherche des Gemeindebundes hat ergeben, dass die meisten bekannten Mobilfunk-Firmen ihre Netzinfrastruktur in den vergangenen Jahren in eigene Gesellschaften ausgelagert haben. Firmenbuch-Recherchen offenbaren hochkomplexe Firmengeflechte, an deren Ende internationale Finanzkonzerne stehen. Diese Privatisierung der kritischen Handyinfrastruktur ab 2020 dürfte auch der Anlass zum offensiven Auftreten der neuen Masten-Betriebe stehen.

- Hutchinson Drei hat bereits 2020 ihre Sendemasten an Cellnex Telecom Spanien verkauft. Cellnex Telecom Spanien ist im internationalen Aktienbesitz. Rund 4.470 Masten in Österreich wurden damals verkauft und sind heute in der Firma OnTowerAustria GmbH organisiert, die eben wiederum zu 100 Prozent der spanischen Cellnex Telecom gehört.
- Die 7000 Sendemasten von Magenta, die wiederum der Deutsche Telekom AG gehört, wurden 2021 an die Deutsche Funkturm ausgliedert. Kürzlich erst hat die Deutsche Telekom AG die Deutsche Funkturm zu 51 Prozent an den amerikanischen Finanzinvestor DigitalBridge und den kanadischen Fonds Brookfield verkauft. 49 Prozent hat sich die Deutsche Telekom AG behalten.
- Die rund 15.000 Handymasten der A1 Telekom (7900 davon in Österreich) sind seit 22.9.2023 in der EuroTeleSites AG im Aktienhandel an der Börse. Weitere „strategische“ Schritte sind noch nicht gesetzt. Die EuroTeleSitesAG ist auch der einzige Betreiber, der bislang nicht mit derartigen Angeboten an die Gemeinden herangetreten ist.

Kurz: Österreichs Mobilfunknetze sind zum überwiegenden Teil längst nicht mehr in Besitz von regionalen Playern. Im medialen Windschatten der Corona-Krise ging der Verkauf einer der essentiellsten Infrastrukturen des Landes an der Aufmerksamkeit der breiten Öffentlichkeit vorbei. Am Ende der Nahrungs-

kette stehen seither internationale Finanzinvestoren oder Hedgefonds mit klingenden Namen wie Benetton, die sich im Erhalt kritischer Infrastruktur etwa bereits beim Einsturz der Morandi-Brücke in Genua einen internationalen Namen gemacht haben.

Auch der US-Riese Blackwater, kanadische Rentenfonds oder US-Banken investieren ihr Geld über Umwege in österreichische Handymasten. Und diese internationalen Player wollen vor allem eines: Rendite. Maßnahmen wie die Kündigung bestehender Pachtverträge und das versuchte Abstauben von günstigen Grundstücken dienen eher nicht der Sicherung der kritischen Infrastruktur im Land, sondern der Förderung der Rendite dieser internationalen Player.



Sendemastengesellschaften zeigen sich einsichtig

Anfang Februar gab es auf Einladung des Forums Mobilkommunikation ein Treffen zwischen Vertretern der Sendemastengesellschaften und Gemeindebundpräsident Johannes Pressl in Wien. Pressl: „Wir haben in einem offenen Gespräch Fragen der Zusammenarbeit zwischen Gemeinden und den Sendemastengesellschaften erörtert – speziell auch vor dem Hintergrund der durch die bereits teilweise erfolgten Auslagerungen entstandenen Herausforderungen. Vorerst haben die handelnden Gesellschaften zugesagt, das offensive Vorgehen zu stoppen.“ ■■■

NÖ Gemeindebund-Präsident Johannes Pressl im Gespräch mit Vertretern der Mobilfunkbetreiber, die zusagten, das offensive Vorgehen zu stoppen. Der Gemeindebund wird weiter alles unternehmen, dass die bestehenden Verträge eingehalten und auch verlängert werden! Die Gemeindebundjuristen beraten im Einzelfall.

MEDIZINISCHE VERSORGUNG

Investieren, bis der Arzt kommt

Im Wettlauf um einen Arzt sind Gemeinden geneigt, Praxen großzügig zu unterstützen. Einfach ist es trotzdem nicht. [✎ VON HELMUT REINDL](#)

Seit Jahren nimmt die Zahl der niedergelassenen Kassenärzte ab, und immer mehr Medizinerinnen und Mediziner – egal ob Haus- oder Fachärzte – entscheiden sich dafür, Wahlarzt zu werden. Der Mangel an Hausärzten wird vor allem im ländlicheren Raum spürbar. Nicht wenige kleine Gemeinden kämpfen händierend darum, leerstehende Landarztpraxen zu besetzen.

In Niederösterreich sind derzeit rund 70 Kassenstellen nicht besetzt. „Das größte Problem für einen jungen Arzt oder eine junge Ärztin ist meist das fehlende Geld, denn die Einrichtung einer Praxis kostet mehr als hunderttausend Euro“, umreißt Max Wudy, Allgemeinmediziner in Bad Vöslau und Kurienobmann der niedergelassenen Ärzte in Niederösterreich, das Problem. Außerdem braucht man natürlich geeignete Räumlichkeiten. „Hier können Gemeinden aktiv werden und sowohl Räumlichkeiten für Praxen, aber auch Wohnmöglichkeiten anbieten. Eventuell mit verringerter Miete oder auch, dass für die ersten Jahre gar keine Miete zu zahlen ist“, sagt Wudy. „Wo Räume zur Verfügung gestellt werden, gibt es kaum das Problem, dass sich kein Arzt findet, der die Stelle übernehmen möchte“, meint Wudy, der es bedauert, dass es seit mittlerweile fast 25 Jahren die Funktion des Gemeindearztes nicht mehr gibt. „Der Gemeindearzt war verpflichtet, am Dienort zu wohnen und dort eine Kassenpraxis zu betreiben. Die Gemeinde wiederum war dazu verpflichtet, eine Ordination und eine Dienstwohnung zur Verfügung zu stellen.“

Attraktiv dank Hausapotheke

In Viehdorf, Bezirk Amstetten, ging Ende 2023 der langjährige Arzt in Pension. Bereits im Vorfeld wurde in der Gemeinde ein Arbeitskreis gegründet, um zu überlegen, wie man einen Nachfolger oder eine Nachfolgerin in den Ort bekommen könnte. Die Ordination befand sich damals direkt in Viehdorf, neben der Kirche, hatte aber keine Hausapotheke. Es zeigte sich, dass es zwar Interessenten gab, die sich vorstellen konnten, die Arztstelle zu übernehmen, allerdings nur dann, wenn diese auch mit einer Hausapotheke verbunden war, die die Position finanziell attraktiv macht. Dafür war aber der gesetzlich notwendige Abstand zur nächsten öffentlichen Apotheke zu gering.



⚡ Die Ordination ist natürlich viel Geld, aber **wichtig ist, dass wir eine Ärztin haben.**



Franz Zehethofer
Bürgermeister von Viehdorf

Fotos: Gemeinde Viehdorf, Gemeinde Guntersdorf



Die neue Ordination in Viehdorf. Die Ärztin wurde in die Planung miteinbezogen.

Aus diesem Grund entschied man sich für einen Neubau in der Katastralgemeinde Hainstetten und errichtete auf einer 1.400 m² großen Parzelle eine neue Ordination inklusive Hausapotheke.

Als wichtig, um die Arztstelle zu besetzen, erwies es sich, dass die anderen in der Gemeinde tätigen Mediziner eingebunden wurden. Durch deren Netzwerk fand sich eine interessierte Ärztin. Diese wurde in die Planung der Ordination einbezogen, sodass das Gebäude den Anforderungen einer modernen Praxis entspricht. Die Gartengestaltung wurde von der Landjugend übernommen, und es wurden zehn Parkplätze inklusive einer Tankstelle für E-Autos errichtet. Insgesamt investierte die Gemeinde rund 1,25 Millionen Euro. „Das ist natürlich viel Geld, aber wichtig ist, dass wir eine Ärztin haben“, sagt Bürgermeister Franz Zehethofer.

Es ist nicht leicht

Aber selbst, wenn eine Gemeinde sehr engagiert ist, um einen Arzt in den Ort zu locken, tun sich oft viele Schwierigkeiten auf: In Guntersdorf, im Bezirk Hollabrunn, wird derzeit an der Stelle des früheren Gemeindeamts ein Ärztezentrum errichtet. Das Gebäude hat 450 m², im oberen Stockwerk entstehen 17 Wohnungen für betreubares Wohnen. Die Kosten belaufen sich auf mehr als zwei Millionen Euro. „Das Geld haben wir aus dem laufenden Budget herausgespart“, berichtet Bürgermeister Roland Weber.

Im Ort gibt es eine Ärztin, die aber schon über 60 Jahre ist und deren Ordination sich in ihrem privaten Gebäude befindet. „Die Überlegung war, dass, sollte die Ärztin einmal in Pension gehen, wir eine Ordination für den Nachfolger brauchen werden“, erläutert Weber. Jahrelang wurde nachgedacht, was man tun kann. 2020 kaufte die Gemeinde das ehemalige Gemeindeamt wieder zurück und riss es ab. Zwei Drittel wurden an einen Wohnbauträger verkauft, der das neue Gebäude errichtet. Die Gemeinde kaufte die Anteile des Bauträgers wieder zurück. „Das kommt zwar teuer, aber dann hätte ich im oberen Stock keine Wohnungen“, erklärt Weber.

Das Zentrum soll von mehreren Medizinern genutzt werden. Es wird acht Behandlungsräume geben. Die Gemeinde wird das Gebäude drei Jahre mietfrei stellen.



Das zukünftige Ärztezentrum in Guntersdorf. Im oberen Stockwerk entstehen Wohnungen für betreubares Wohnen.

Schwierig ist, dass die im Ort bereits ansässige Ärztin – die einen Kassenvertrag und eine Hausapotheke hat – mitentscheiden will, welche Ärzte das Gebäude nutzen. Bisher konnte keine Einigung erzielt werden. Für Frustration bei Bürgermeister Weber sorgt aber auch, dass es keine Förderung des Landes und keinerlei Unterstützung durch die Ärztekammer oder die Gesundheitskasse gibt. „Ich halte das Projekt für sehr vernünftig, aber wenn einem so viele Prügel vor die Füße geworfen werden, ist es schwierig“, so Weber.

Vorzüge der Gemeinde hervorheben

Was kann eine Gemeinde sonst noch tun, um für eine Ärztin oder einen Arzt interessant zu sein?

Neben finanzieller Hilfe sollte man die eigenen Stärken kommunizieren. Das kann ein attraktives landschaftliches und kulturelles Umfeld sowie die Nähe und Erreichbarkeit eines zentralen Ortes sein. Für junge Ärzte, die eine Familie haben, kann das ein Kindergarten oder eine Schule in der Nähe sein. Für Interessenten, die eine Partnerin oder einen Partner haben, ist interessant, ob es für diese einen Arbeitsplatz gibt. Wichtig ist natürlich auch, wie groß das Einzugsgebiet und damit die Patientenzahl ist oder ob es weitere Mediziner vor Ort gibt, sodass man einander vertreten kann und einen kollegialen Austausch führen kann. ■■■



👏 Wenn einem so viele Prügel vor die Füße geworfen werden, ist es schwierig.

—————👏
Roland Weber
 Bürgermeister von
 Guntersdorf

■ INFRASTRUKTUR

Ohne Gigabyte keine Heiterkeit

Das Vorhandensein einer leistungsfähigen Breitbandversorgung ist heute ein entscheidendes Kriterium dafür, ob eine Gemeinde als Wohn- und Arbeitsort attraktiv ist. Doch für Glasfaser-Anbieter ist der Ausbau außerhalb der großen Städte finanziell nicht attraktiv. Dann müssen die Gemeinden selbst für Infrastruktur sorgen. [☑ VON HELMUT REINDL](#)

Ziel der österreichischen Breitbandstrategie 2030 ist die vollständige Abdeckung symmetrischer Gigabit-Verbindungen im ganzen Land bis 2030. Die Breitbandstrategie verfolgt einen marktorientierten Netzausbau. Das heißt, es wird versucht, nur dort öffentliche Mittel einzusetzen, wo es unbedingt erforderlich ist.

Im November 2021 trat das neue Telekommunikationsgesetz in Kraft. Es soll ein investitionsfreundliches Umfeld für den privaten Sektor schaffen. Unternehmen, die Glasfaser-Ausbau anbieten, können Gebiete zur Förderung einmelden. Wenn das gemacht wird, können andere Anbieter dort keine Förderung mehr erhalten. De facto bedeutet das, dass nur mehr der erste Anbieter dort bauen kann. Die Praxis zeigt, dass das immer wieder zu Problemen führt.

„Die Firmen gehen nur dorthin, wo es ein Geschäft zu machen gibt. Keiner ist zu uns nach Niederösterreich in die ländlichen Regionen gekommen, um dort Glasfaser auszubauen“, stellt Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner fest. Der erste Schritt, also die Ortszentren an Glasfaser anzubinden, sei mittlerweile erledigt, jetzt gehe es in die zweite Etappe, um den ländlichen Bereich anzubinden.

Anbieter zog zurück

In Furth bei Göttweig hatte man sich nicht mit der zunächst angefragten nÖGIG einigen können. Daher entschied man sich, den Glasfaserausbau durch einen anderen Anbieter, der durch Werbung aufgefallen war, machen zu lassen.

Zunächst verlief alles sehr gut: Es gab einen Beschluss des Gemeinderats, der auch von der Firma unterschrieben wurde. Dann aber

wurde das Projekt seitens des Anbieters evaluiert, und die Gemeinde erhielt eine Absage. „Offenbar haben die Geldgeber einen Riegel vorgeschoben, weil es wegen der derzeit hohen Baukosten an den nötigen Mitteln fehlt“, vermutet Gemeinderat Thomas Schmölz. Der Gemeinde wurde mitgeteilt, dass erst andere Projekte fertiggestellt werden und der Ausbau in Furth hintangestellt wird. „Wir haben dann mit der nÖGIG wieder Kontakt aufgenommen, die dann dankenswerterweise eine Möglichkeit gefunden hat, dass unser Projekt in den aktuellen Fördercall mitaufgenommen wird“, berichtet Schmölz. Jetzt werden Besuche in den Haushalten gemacht und Veranstaltungen durchgeführt, um für die notwendige Zustimmung von 42 Prozent zu werben. Der Baubeginn ist für den Herbst 2024 geplant.

Es geht nichts weiter

In Au am Leithaberge entschied man sich, den Glasfaserausbau durch ein österreichisches Unternehmen vornehmen zu lassen. „Wir hatten mehrere Angebote, dachten aber, das ist ein erfahrener, zuverlässiger Partner“, erzählt Bürgermeisterin Reka Fekete. Bis dahin hatte man mit dem Unternehmen gute Erfahrungen gemacht.

Anfangs ging alles sehr flott: Im Jahr 2022 reichte das Unternehmen die Gemeinde für den damals offenen Fördercall ein, und die Förderung wurde auch rasch bewilligt. Vorverträge wurden abgeschlossen, für die Bevölkerung wurden Informationsveranstaltungen abgehalten. Der Vollausbau sollte im Herbst 2023 starten, die Beendigung der Bauarbeiten war für Ende 2024 geplant. „Das wurde uns hoch und heilig versprochen, daher haben wir das auch

☑☑ Wir müssen unser Versprechen brechen, obwohl wir **nichts dafür können, dass nicht gebaut wird.**

Reka Fekete
Bürgermeisterin
von Au am Leithaberge



den Bürgerinnen und Bürgern so kommuniziert“, so Fekete.

Der Herbst 2023 ging ins Land und nichts geschah. „Wir haben natürlich nachgefragt, wurden aber immer vertröstet. Zunächst hieß es, dass das Wetter nicht passt, dann wurde auf Personalmangel verwiesen“, berichtet die Bürgermeisterin.

Tatsache ist, dass bis auf die Leerverrohrung im Zuge einer Straßensanierung noch keine Arbeiten begonnen wurden. Fekete: „Und meine letzte Information ist, dass auch in nächster Zeit nichts passieren wird. Es gibt kein Datum, an dem ein Baustart geplant ist. Wenn wir das vorher gewusst hätten, dann hätten wir der Bevölkerung nicht versprochen, dass es Ende dieses Jahres Breitband im Ort gibt. Jetzt müssen wir unser Versprechen brechen, obwohl wir nichts dafür können, dass nicht gebaut wird.“ Im Jahr vor einer Gemeinderatswahl ist das nicht ideal.

Selbst ist die Gemeinde

Die mit Glasfaser-Anbietern auftretenden Probleme führen dazu, dass immer mehr Gemeinden das Wagnis auf sich nehmen und selbst tätig werden. Hier haben sich Gemeindegemeinschaften bewährt. So haben etwa zehn Waldviertler Gemeinden die FTTH Netz Waldviertel Projekt GmbH gegründet, die um insgesamt 55 Millionen Euro den Glasfaserausbau in der Region abwickelt.

Im Projektgebiet leben rund 15.000 Menschen. „Letztendlich haben wir über 4.400 Bestellungen erhalten, also eine Bestellquote von zwei Drittel der Haushalte“, sagte Herbert Stadlmann, Geschäftsführer der FTTH Netz Waldviertel Projekt GmbH, bei der Präsentation des Projekts. Diese hohe Anschlussquote sei vor allem durch die Zusammenarbeit der Gemeinden und der guten Arbeit der Glasfaser-Botschafter in der Region gelungen. Die Bauarbeiten werden bis 2026 dauern, die ersten Kunden können aber bereits ab Sommer 2024 mit Breitband versorgt werden. Christian Laister, Bürgermeister von Groß



Hartwig Tauber (öGIG), GDA-Obmann Anton Kasser, Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner und Andreas Schiffermüller (nÖGIG) nach der Vertragsunterzeichnung über das Projekt „Mostviertel Nord“.

Gerungs und Obmann des Vereins FTTH Netz Waldviertel, sprach von einem „bundesweiten Vorzeigeprojekt. Unser Projekt ist das sechstgrößte in Österreich. Es umfasst ein Drittel des gesamten Bezirks Zwettl, und wir können damit ein Drittel der Gesamtbevölkerung hier mit Glasfaser versorgen.“

Es braucht Unterstützung

Im nördlichen Mostviertel errichten 17 Gemeinden aus den Bezirken Amstetten und Scheibbs gemeinsam ihre Glasfaserinfrastruktur. Gemeinsam mit Bund und Land investieren die Gemeinden 57 Millionen Euro, sodass bis Ende 2027 rund 4.200 Haushalte in der Region mit Glasfaser versorgt werden können.

Hauptverantwortlicher ist der Gemeinde Dienstleistungsverband Region Amstetten (GDA). „Der GDA wurde als Dienstleistungsverband für die Gemeinden gegründet. Das Aufgabengebiet hat sich dann ständig erweitert. Nun hat sich mit dem Breitbandausbau für die Gemeinden ein neues Feld aufgetan“, erklärt der Obmann, der Allhartsberger Bürgermeister Anton Kasser. „Es hat im letzten Jahr unzählige Gespräche und Verhandlungen gegeben, um das Ganze auf Schiene zu bringen. Wir haben als Gemeindeverband große Unterstützung vonseiten des Landes, des Bundes, der nÖGIG und der öGIG bekommen“, zeigt sich Kasser zufrieden. ■■■

“ Unser Projekt ist ein **bundesweites Vorzeigeprojekt.**

Christian Laister
Bürgermeister
von Groß Gerungs



GELDVERSORGUNG

Bankomaten-Sterben – Bares ist Rares

Bankomaten sind in Niederösterreichs Gemeinden zum raren Gut geworden, das immer öfter zur großen Verhandlungssache zwischen Gemeinden und den eigentlichen Betreibern wird. [🔗 VON BERNHARD STEINBÖCK](#)

Österreich zählt bekanntlich zu den Ländern mit der höchsten Bankomatdichte in Europa. Laut einer Erhebung der Nationalbank ist der nächstgelegene Bankomat rund einen Kilometer von der Wohnungs- oder Haustür entfernt. Allerdings hängt dieser Wert natürlich auch von der jeweiligen Bevölkerungsdichte und der Gebietsstruktur ab. Über 300 Gemeinden hatten in Österreich seit der letzten Zählung keinen Bankomaten – knapp 100 davon liegen in Niederösterreich. Diese Anzahl dürfte seit letztem Jahr noch einmal gestiegen sein, kam es doch in den vergangenen Wochen vor allem aus dem Bezirk Lilienfeld zu Meldungen von Schließungen von Bankenstellen. Kleinzell ist eine von gleich sieben Gemeinden, die von Bankenschließungen betroffen sind. Kommuniziert wurde dieser Schritt durch die Raiffeisenbank Traisen-Gölsental im Vorfeld

nicht. Bürgermeister Reinhard Hagen hatte es wie die restlichen sechs Ortschefs der Nachbargemeinden Ende Februar erfahren und fühlt sich dementsprechend überrumpelt: „Ich habe von der Filialeiterin am Telefon erfahren, dass sie unsere Bank zusperren – und das nach einem absoluten Rekordjahr für die Bank. Für mich sind vor allem die fehlende Kommunikation und das Vorgehen absolut inakzeptabel – noch dazu von einer alteingesessenen Bank, die immer für die Bevölkerung da war.“ Nicht nur der Kontakt zu den Kundenberatern, sondern auch der Bankomat verschwindet aus dem Ortsbild und somit auch die für die Nahversorger so wichtige Möglichkeit des Geldabhebens. In den kommenden Tagen wird Bürgermeister Hagen jedenfalls erfahren, ob vielleicht doch eine alternative Lösung für das Bankomaten-Problem gefunden wird.

Erhalt der Infrastruktur kostet

Das Aus der Filiale im nördlichen Gastern ist bereits seit zweieinhalb Jahren beschlossene Sache.

„Im Herbst 2021 teilte uns die Raiffeisenbank Waidhofen/Thaya mit, dass die Bankstelle Gastern mit 1. Dezember 2021 komplett geschlossen wird“, erklärt Bürgermeister Roland Datler, der alles versuchte, um die Raiffeisen-Bank im Ort zu halten: „Mit einer Resolution des Gemeinderates, einer Unterschriftenaktion in der Bevölkerung und medialer Präsenz gelang es, die Raiffeisenbank zumindest dazu zu bewegen, eine SB-Station mit Geldausgabeautomaten, Kontoauszugsdrucker und Überweisungsbox zu erhalten.“ Den überwiegenden Teil der Kosten dafür übernahm bzw. übernimmt die Raiffeisenbank Waidhofen/Thaya – ca. ein Viertel trägt die Gemeinde selbst, womit der Ortschef vorerst gut leben kann.

👉 Mit einer Resolution des Gemeinderates, einer Unterschriftenaktion in der Bevölkerung und medialer Präsenz gelang es, die **Raiffeisenbank zumindest dazu zu bewegen, eine SB-Station zu erhalten.**

Roland Datler
Bürgermeister von Gastern



In Gastern wurde das gesamte Amtsgebäude generalsaniert und beherbergt u.a. einen praktischen Arzt und den Postpartner, wie Bürgermeister Roland Datler zeigt.

i Videos betroffener Bürgermeister





Bürgermeister Reinhard Hagen aus Kleinzell wurde erst spät über die bevorstehende Bankschließung informiert und vor allem über die für ihn fatale Kommunikation verwundert: "Wenn man so agiert wie die Raiffeisen Traisen-Gölsental, dann darf man sich nicht wundern, wenn sechs Bürgermeister über die Parteigrenzen hinweg eine Allianz bilden und versuchen zu retten, was zu retten ist."

Der Bankomat kostet uns ca. 700 Euro im Monat plus Mehrwertsteuer.



Markus Klamminger
Bürgermeister von
Senftenberg

Die Kostenteilungsvereinbarung läuft 2026 aus, dann müsse wohl für den Bankomaten, den einzigen im Umkreis von fünf Kilometern, neu verhandelt werden.

Neben dem Geldausgabeautomaten kommt die Waldviertler Marktgemeinde auch für weitere Infrastrukturmaßnahmen auf: „Bei uns im generalsanierten Amtsgebäude der Marktgemeinde Gastern befindet sich neben den Räumlichkeiten des Gemeindeamtes auch schon der Postpartner, eine Bürgerservicestelle, aber auch Räumlichkeiten für einen praktischen Arzt. Wenn es ums Thema Infrastruktur geht, dann ist es für eine Gemeinde einfach

oft notwendig, in Vorleistung zu gehen. Und wir sind gleichzeitig Betreiber der örtlichen Nahversorgung, oder auch Vermieter für zwei Wirtshäuser. Ohne dieser Infrastruktur würde es ganz schwierig werden für Gemeinden wie Gastern.“

700 Euro pro Monat – plus MwSt.

Eine Autostunde weiter südlich hat sich vor zwei Jahren ein ähnliches Bild abgezeichnet. Die Schließung der Raika-Filiale in Senftenberg schlug damals auch in der Bevölkerung hohe Wellen. 700 Senftenberger gaben eine Unterschrift ab, um die einzige Bargeld-Behebung auf einer 15-Kilometer-Strecke zwischen Krens und Gföhl noch zu erhalten. Vergebens. Über eine Privatinitiative wurde ein Bankomat errichtet – eine Zwischenlösung, die mit Ende des Vorjahres entfernt wurde.

„Daraufhin hat sich der Gemeinderat mehrheitlich entschlossen, einen Bankomaten am Gemeindeamt fix zu installieren. Der kostet uns – über den Betreiber Euronet – ca. 700 Euro im Monat plus Mehrwertsteuer“, erzählt Bürgermeister Markus Klamminger, der hinzufügt: „Wir haben Gott sei Dank noch viele Nahversorger, einen Blumenladen oder Gastro-Betriebe in Senftenberg und Umgebung, die aber keine automatisierten Zahlungsmöglichkeiten haben.“

Der Geldausgabeautomat erfreut sich jedenfalls hoher Beliebtheit, trotzdem ist ein Bankomat eine Investition, die sich ebenso letztlich im Gemeindehaushalt niederschlägt. ■■■



In Senftenberg wurde der Bankomat ins Gemeindeamt integriert – eine Lösung, mit der Bürgermeister Markus Klamminger vorerst gut leben kann.

■ BAHN

Die Akte ÖBB – Gemeinden unter den Rädern

Zahlungen für Bahnhöfe, Aufzüge, Bahnschranken, Park & Ride Anlagen. Immer mehr Bürgermeister sehen sich mit teils millionenschweren Forderungen der Bundesbahnen konfrontiert. Nun wurde eine Hotline für finanzielle Härtefälle eingerichtet. ✎ VON OSWALD HICKER

Niederösterreich ist das Land mit den meisten Bahnkilometern in Österreich. Wie einst in der Antike sprichwörtlich alle Wege nach Rom führten, so bedingt die zentrale Lage rund um die Bundeshauptstadt, dass alle Gleise irgendwie nach Wien führen. Diese geographische Gegebenheit ist einerseits ein Segen für die Bevölkerung. Pendlerinnen und Pendler aus allen Teilen des Landes nutzen den Komfort und bis vor kurzem auch die Zuverlässigkeit der ÖBB am Weg zum Arbeitsplatz. Dort, wo der Schienenstrang das weite Land durchschneidet, ist er eine Lebensader für Wirtschaft und Bevölkerung.

Nachfrage erzeugt Kosten

Auch die Nachfrage steigt. 2023 transportierten die Bundesbahnen so viele Menschen wie noch nie. Besonders durch günstige, aber nicht kostendeckende Angebote wie das Klimaticket boomt der Schienenverkehr. Die wachsende Nachfrage erzeugt aber auch ständig steigende Kosten. Laufend wird in das Streckennetz investiert, bis 2028 werden allein 1,8 Milliarden Euro in die Regionalbahnen fließen. Strecken werden beschleunigt indem Bahnübergänge modernisiert oder stillgelegt werden. Bahnhöfe werden modern ausgebaut. Und überall entstehen Park&Ride-Anlagen, um Pendlern den Umstieg auf die Bahn zu vereinfachen.

Länder und Gemeinden sollen Modernisierung bezahlen

Längst zahlen die Bundesbahnen diesen Modernisierungsschub nicht nur aus der eigenen Tasche. Länder steuern dreistellige Millionenbeträge zum Betrieb und zur Streckenmodernisierung bei. Und auch die Gemeinden werden von den Bundesbahnen immer öfter finanziell in die Pflicht genommen. Bürgermeister finden sich immer öfter in Drucksituationen: Toiletten auf Bahnhöfen sind plötzlich geschlossen – außer die Gemeinde zahlt die Reinigung. Einen Aufzug zum barrierefreien Erreichen des Bahnsteiges wird es im neuen Bahnhof nur geben, wenn die Gemeinde den Betrieb finanziert. Und bestehende Schranken sollen für immer geschlossen bleiben, wenn die Anrainergemeinde nicht Millionenbeträge zur Wartung lockermacht.

Im NÖ Gemeindebund häuften sich zuletzt die Berichte über derartige Vorgehensweisen von Bahnvertretern. Präsident Johannes Pressl: „Auch mit den Bundesbahnen muss es eine vernünftige Lösung geben, was Aufgabe der öffentlichen Hand ist und was die Bahn selbst finanzieren muss. Hier braucht es wieder eine genauere Abgrenzung, deshalb gab es auch intensive Gespräche mit Vertretern der ÖBB-Infrastruktur. Dabei haben wir auch anhand konkreter Beispiele besprochen, wo bei den Gemeinden derzeit der Schuh drückt.“

“Für die Gemeinde sind **derartige Beträge nicht finanzierbar**, die Bürger brauchen die Anlagen aber.“

Jürgen Rummel
Bürgermeister
von Neulengbach





Neulengbach: Zwei Bahnübergänge von Schließung bedroht

Und diese konkreten Beispiele gibt es reichlich. Etwa in Neulengbach an der alten Westbahn. Hier erlebt man stellvertretend für viele Gemeinden gleich vier schwere Bahn-Sorgenfälle: Erstens sind da drei beschränkte Bahnübergänge im Ort. Durch eine Veränderung der Gesetzeslage bewerten die Bundesbahnen den Bedarf für Bahnübergänge neu. Von den drei Neulengbacher Schrankenanlagen fielen zwei bei der Bedarfsprüfung durch. Die ÖBB traten daraufhin an die Gemeinde heran und forderten 900.000 Euro Erhaltungsbeitrag pro Übergang, sonst blieben die Schlagbäume für immer geschlossen.

Bürgermeister Jürgen Rummel: „Bei einem Übergang wäre eine Schließung eine Katastrophe. Er verbindet nicht nur landwirtschaftliche Flächen mit den dazugehörigen Höfen, er ist auch die einzige Verbindung eines Siedlungsgebietes zum Radwegenetz. Für die Gemeinde sind derartige Beträge nicht finanzierbar, die Bürgerinnen und Bürger brauchen die Anlagen aber. In der betroffenen Katastralgemeinde wurden über 500 Unterschriften zum Erhalt des Überganges gesammelt.“

Rummel hat aber auch noch andere Kostenstellen in seinem Gemeindebudget für die ÖBB rückgestellt. Etwa die Erhaltung der Toilette in der stark frequentierten Station Neulengbach Stadt. Oder die Betriebskosten für die

Park&Ride-Anlage neben besagter Haltestelle. Hier fließen jährlich rund 30.000 Euro in Reinigung, Energiekosten und Sanierung der Vandalismus-Schäden. Auch den Betrieb eines Aufzuges finanzieren die Neulengbacher aus der Stadtkasse. Rummel: „Die Bahn hätte nur einen Bahnsteig barrierefrei mit einem Aufzug ausgestattet. Man hat uns gesagt, wenn wir in beide Fahrtrichtungen einen Aufzug wollen, müssen wir den zweiten finanzieren.“

Hadersdorf: Keine PV-Anlage bei Park&Ride

Auch in Hadersdorf am Kamp teilt man ähnliche Sorgen. Hier zahlt die Gemeinde rund 600.000 Euro zum Umbau des neuen Bahnknoten-Bahnhofes dazu. Hadersdorf hat knapp 2.000 Einwohner, der Knotenbahnhof wird aber von Menschen aus der gesamten Region genutzt. Auf den Kosten bleibt aber die Standortgemeinde sitzen. Genau wie auf den Betriebskosten der Park&Ride-Anlage.

Bürgermeister Heinrich Becker: „Wir finanzieren den Erhalt der Anlage, besonders die Schneeräumung im Winter ist aufwendig. Die Pendler kommen ab vier Uhr in der Früh und brauchen da bereits geräumte Abstellplätze.“ Besonders ärgert Becker aber ein Umstand: „Ein Großteil der Park&Ride-Anlage befindet sich auf Gemeindegrund. Wir wollten eine Photovoltaik-Überdachung auf dem Gelände errichten. Es war schon alles geplant. Aber die Bundesbahn ist dagegen. Und obwohl man

Immer häufiger fallen Bahnübergänge – egal ob beschränkt oder unbeschränkt – bei der bahn-internen Bedarfsprüfung der ÖBB durch.

🔊 Obwohl man dafür keine Flächen verbrauchen müsste, **darf die Gemeinde keine PV-Anlage auf ihrem eigenen Grund errichten.**



Heinrich Becker
Bürgermeister
von Hadersdorf am Kamp





NÖ Gemeindebund-Präsident Johannes Pressl und Franz Hammerschmid von der ÖBB-Infrastruktur AG haben erste Lösungsansätze erarbeitet, um eine Verbesserung der Situation für die Gemeinden zu erreichen.

dafür keine Flächen verbrauchen müsste, darf die Gemeinde nun keine PV-Anlage auf ihrem eigenen Grund errichten.“ Das Argument der Bahn: Vielleicht will man ja selbst – irgendwann – hier eine Solarstrom-Anlage herstellen. Wann und ob ist allerdings unklar.

Schönberg: Grundstücke wären nicht mehr erreichbar

Wenige Gleiskilometer weiter in Schönberg am Kamp plagen Bürgermeister Michael Strommer Bahnübergang-Sorgen: Sieben unbeschränkte Bahnübergänge fielen bei der bahninternen Bedarfsprüfung durch. Effekt: Einige betroffene Anrainergrundstücke wären praktisch nur mehr mit dem Helikopter erreichbar. Außer – ja genau ... Strommer: „Wenn die Gemeinde 500.000 Euro pro Übergang zahlt, dann könnten sie erhalten bleiben. Für sieben Übergänge wären das 3,5 Millionen Euro. Das ist Geld, das wir nicht haben und das für die Kinderbetreuung, die Schulerhaltung oder ein Veranstaltungszentrum dringend benötigt wird.“

Kommunikation wird verbessert

Egal in welche Bahnanrainergemeinde man blickt, die Probleme sind die gleichen. Der NÖ Gemeindebund hat zahlreiche weitere Beispiele gesammelt und Videobeiträge dazu erstellt (siehe Links im QR-Code). Mit dem gesammelten Unmut und den Anliegen der Gemeindevertreter im Gepäck trat der NÖ Gemeindebund nun in Gespräche mit den Bundesbahnen ein. Präsident Johannes Pressl und Franz Hammerschmid, Bereichs-

leiter bei der ÖBB-Infrastruktur AG, haben erste Lösungsansätze erarbeitet. Eine bessere Kommunikation ist ein Teil eines Paketes, aber auch die Unterstützung der Gemeinden bei „kreativen“ und kostengünstigen Lösungen für Eisenbahnkreuzungen soll vorangetrieben werden. In der Vergangenheit ist da schon viel gelungen, jetzt kommen die kniffligeren Fälle. Und mit dem Land Niederösterreich will Pressl auch die Richtlinie zur Unterstützung der Gemeinden für Eisenbahnkreuzungen an die aktuellen Verhältnisse anpassen.

Hammerschmid als Chef der strategischen Planung der ÖBB-Infrastruktur: „Wir haben uns sehr offen, auch sehr direkt, aber mit dem Willen zur Lösung ausgetauscht. Wir haben natürlich auch unsere Grenzen, die zum Beispiel den Finanzfluss regeln und daran halten wir uns. Wir suchen aber immer nach Lösungen, die für beide Seiten und den Steuerzahler und die Steuerzahlerin machbar und vertretbar sind.“ Auch ganz konkrete Ergebnisse wurden bei dem Gespräch erzielt: Die Grenze, ab welchem Fahrgastaufkommen die ÖBB für WC- und Liftanlagen aufkommen, wurde auf 500 Fahrgäste pro Tag (1.000 Ein- und Aussteiger) festgelegt. Darunter müssten Gemeinden die Finanzierung übernehmen, sofern sie eine bessere Ausstattung wie einen Lift oder ein WC wünschen.

Heißer Draht zur ÖBB

Und sollte kein Konsens in Sicht sein oder die Sache gar „zu entgleisen“ drohen, dann wird ab sofort ein heißer Draht zwischen Gemeindevertretung und ÖBB-Management eingerichtet. Der Gemeindebund hat für jedes Bundesland einen konkreten Ansprechpartner der ÖBB-Infra, der Unterstützung bieten und gemeinsame Lösungswege aufzeigen soll. Johannes Pressl: „Eine gute Gesprächsbasis ist wichtig. Die haben wir jetzt auch gelegt. Und wir werden in Folge der Finanzausgleichs-Verhandlungen, bei denen die Unterstützungsleistungen des Bundes an die Gemeinden für den Eisenbahnkreuzungsausbau bis 2034 verlängert worden sind, nun auch die Anpassung der Förderrichtlinie des Landes vorantreiben.“ ■■■



Kontakt

Die regionalen Asset-Manager:innen der ÖBB fungieren als Single Point of Contact für Anliegen der Gemeinden.

Hier die Kontaktdaten für Wien, Niederösterreich und Burgenland:

Friedrich Janka
friedrich.janka@oebb.at
0664 / 617 07 55



Videos betroffener Bürgermeister



“ Bräuchten das Geld für **Kinderbetreuung, die Schulerhaltung oder ein Veranstaltungszentrum.** ”

Michael Strommer
Bürgermeister
von Schönberg am Kamp



■ MUT ZUM NEINSAGEN

Die Last der Zustimmung

Ein deutliches NEIN geht oft so viel schwerer über die Lippen, ist es doch mit möglichen negativen Auswirkungen verbunden. Schuldgefühle, Diskussionen und das Gefühl, vom Gegenüber vielleicht nicht mehr gemocht zu werden, gehen mit dem Wort einher. Vor allem Kommunalpolitiker tun sich oft mit den vier Buchstaben schwer. Wir haben deshalb bei einer Verhaltenstherapeutin nachgefragt ... [☞ VON BERNHARD STEINBÖCK](#)

NÖ GEMEINDE: Mahatma Gandhi hat einmal treffend formuliert: „Ein NEIN aus tiefstem Herzen ist besser und größer als ein JA, mit dem man gefallen – oder noch schlimmer – Ärger vermeiden will.“ Pflichten Sie Herrn Gandhi bei?

MARIA-ELENA ANTENSTEINER: Ich denke, Herr Gandhi hat absolut recht, hier spielen zwei Gründe eine wichtige Rolle: Erstens ist man möglicherweise unauthentisch und verliert sich in weiterer Folge, und zweitens züchtet man sich langfristig inneren Frust, wenn man zu oft Ja sagt, obwohl man es gar nicht möchte. Dies ist, wenn man eine Anfälligkeit für depressive Zustände hat, ein guter Nährboden für Depressionen.

Aber gerade für einen Bürgermeister, der es seinen Bürgerinnen und Bürgern zu jeder Zeit recht machen möchte, ist es oftmals besonders schwierig, NEIN zu sagen. Immerhin braucht man für eine Wiederwahl die Stimmen der Bevölkerung...

Man sollte dabei bedenken, dass man es nie allen recht machen kann, es wird immer Menschen geben, die das eine lieben und das andere hassen und umgekehrt.

Ich kenne mich in der Politik nicht aus, denke aber, dass hier eine Verantwortung besteht. Man sollte zum Wohle aller entscheiden und nicht nur JA sagen, um gewählt zu werden, was ja dann auch impliziert, dass man die anderen (also die für NEIN waren) vergrämt.

Welche Ursachen hat es eigentlich, dass uns das NEIN oft so schwerfällt?

Typischerweise sind Ja-Sager Menschen, die mehr im Außen sind als bei sich, also mehr auf andere gerichtet sind. Es besteht ein übertriebener Fokus darauf, die Wünsche, Gefühle oder Antworten von anderen Personen auf Kosten der eigenen Bedürfnisse zu erfüllen. Dies kann unterschiedliche Gründe haben: Zum einen, um Bindung oder Zustimmung zu



© Harald Lachner

bekommen oder um die eigenen Vorstellungen von Beziehung aufrechtzuerhalten. Eventuell, um dazuzugehören oder um nicht egoistisch zu wirken, hier steht das Bedürfnis nach Selbstwert im Vordergrund. Wir unterscheiden hier zwischen zwei Bewältigungsstrategien: der Aufopferung und der Unterwerfung.

Gibt es Strategien oder Techniken aus der Psychologie, die einem Menschen helfen könnten, besser Grenzen zu setzen und gelegentlich „Nein“ zu sagen? Bzw. wie kann man solche Techniken erlernen?

In der Verhaltenstherapie lernen Menschen mit diesen Schwierigkeiten vorwiegend, wie sie ihre eigenen Bedürfnisse und Gefühle wahrnehmen, insbesondere Ärger als Emotion. Und sie lernen, wie sie diese Bedürfnisse und Gefühle adäquat ausdrücken können bzw. es wird an dysfunktionalen Glaubenssätzen gearbeitet (beispielsweise: wenn ich meine Bedürfnisse in den Vordergrund stelle, bin ich egoistisch). Auch Selbstfürsorge im Sinne von Eigenliebe ist hier ein starkes Thema in der Therapie. ■■■

Maria-Elena Antensteiner: „Man sollte zum Wohle aller entscheiden und nicht nur Ja sagen, um gewählt zu werden, was ja dann auch impliziert, dass man die anderen vergrämt.“



Kontakt

Maria-Elena Antensteiner ist Psychotherapeutin für Verhaltenstherapie & Schematherapie

Praxen:

- Rabengasse 5, 1030 Wien
- Senefeldergasse 3/7-8, 1100 Wien

m.antensteiner@outlook.com

Tel: 0660/57 03 093

■ VOM KAMPF ZUR GESTALTUNG

Wie verhandelt man mit Forderungsstellern?

Ob mit den „Gemeinde-Partnern“ wie der Post, den ÖBB und Mobilfunkbetreibern, oder großen Bauträgern: Für den Gemeindechef ist Verhandlungsgeschick das Um und Auf. [🔗](#) VON KARL TESTOR

„Aber ich will, ich will, ich will!“ – Welche Eltern kennen diese Situation nicht? Ein Kind sieht beim Einkaufen etwas, das es unbedingt will. Lautstark werden die Eltern in Kenntnis gesetzt, dass gerade ein Überlebenskampf tobt. Wussten sie, dass es manchen Kindern in diesem Moment gar nicht um den Gegenstand an sich geht?!

Einschränkung Erfahrung

Wir Menschen sammeln im Laufe des Lebens Erfahrungen. Mit der Zeit „braucht man uns nichts mehr erzählen“, weil wir uns schon auskennen. Blöd nur, wenn wir die Stopptafel übersehen haben, die neuerdings an der Kreuzung am Nachhauseweg angebracht wurde und wir jetzt fast einen Autounfall verursacht hätten. Ein ähnliches Phänomen kennt man bei Veränderungen von Geschwindigkeitsbegrenzungen oder wenn Baustellen Umleitungen notwendig machen. Menschen benötigen eine gewisse Zeit, sich auf das Neue einzustellen. Unsere Erfahrung hemmt uns. Was hat das jetzt mit Verhandlungen zu tun?

Im Alltag „verhandeln“ wir unterschiedliche Dinge. Wohin geht der Urlaub? Welchen Film schaut man? Was gibt es zum gemeinsamen Essen und wo? Diese Beispiele eint, dass es sich meist um ein „Entweder-oder-Schema“ handelt. Bei solchen Verhandlungen scheint es nur gewinnen oder verlieren zu geben. Der Kompromiss – „Machen wir heute so und morgen anders.“ – ist schon eine Teilniederlage, weil wer „darf“ heute? Diese Situationen prägen uns darin, was wir allgemein von Verhandlungen erwarten. Es kann nur Sieger und Verlierer geben, die Frage ist dann nur, wie stark ausgeprägt.

Kommen wir zurück zu unserem schreienden Kind. Offensichtlich sind wir hier wieder in einer solchen Situation. Eine der beiden Seiten muss jetzt gewinnen! Wer setzt sich durch?!

An dieser Stelle wollen wir ein kleines Gedankenexperiment einwerfen. Was ist, wenn es dem Kind gar nicht um den Gegenstand an sich geht? Vielleicht ist der Prozess wichtiger als das Ergebnis? Kinder brauchen Sicherheit und Liebe, was sich durch Nähe und Aufmerksamkeit der Bezugsperson(en) ausdrücken sollte. Wenn dieses Bedürfnis nicht gestillt wird, entsteht ein Defizit, ähnlich anderen Bedürfnissen: Wenn wir nicht essen, bekommen wir Hunger, werden vielleicht sogar aggressiv. Im Englischen gibt es ein Wort dafür: Hangry... also emotional. Manch eine Person unter uns wird dann sogar richtig aggressiv. Kinder, denen die Aufmerksamkeit fehlt, geht es ähnlich. Sie drücken ihr Bedürfnisdefizit emotional aus.

Verhandeln sollte Bedürfnisse befriedigen

Wir wollen hier jetzt keinen Erziehungsratgeber lesen. Zugleich ist es wesentlich, dass Menschen oft mehr als das Offensichtliche wollen. Ähnlich wie bei unserem Beispiel mit dem Kind ist ein Verlangen nach einem (Verhandlungs-)Gegenstand oft mit ganz anderen Hintergründen versehen, als auf den ersten Blick klar zu sein scheint. Wir wollen nun herausfinden, um was es eigentlich (!) geht! Übrigens gilt das sowohl für das, was unser Gegenüber will, als auch für das, was wir wollen. Wir wollen das Verlangen aller Beteiligten aufdecken, das in der Verhandlung mitschwingt!

Die meisten Ratgeber für Verhandlungsführung schlagen vor, dass man sich auf Verhandlungen gut vorbereiten sollte. Man möge sich anschauen, was an Alternativen vorhanden ist oder sich in das Gegenüber hineindenken. Vielleicht bereitet man Tabellen und Diagramme vor, sammelt Fakten, um zu überzeugen... und vergisst dabei auf eine wesentliche Sache! Wir



Info

Das Institut für Neurokognition und Führung (I.N.F.) schafft national und international Exzellenz in Führung, Organisationsentwicklung und Verhandlung. Beratung, Training und Begleitung von Implementationsprozessen basieren auf wissenschaftlich fundierten Arbeiten. Die Motivation des Unternehmens von Dr. Karl Testor ist es, „in Menschen etwas Positives auszulösen“ und so durch stete Entwicklung zur Exzellenz zu führen.

Kontaktdetails finden Sie unter www.i-n-f.at und <https://www.linkedin.com/in/dr-karl-testor>

Beim Event „Gemeindefinanzen auf Kurs bringen“ konnte der NÖ Gemeindebund den Trainer und Berater Karl Testor als Referenten gewinnen. Nähere Infos zum Event finden Sie auf den Seiten 24/25.



© Markus Berger

wissen noch immer nicht, was welche Seite WIRKLICH will. Allgemeine Vorbereitungen helfen, dass man nicht „blind“ herumirren muss. Diese sind wichtig. Wichtiger ist allerdings, dass man die eigene Geisteshaltung auf einen wesentlichen Gedanken ausrichtet: Um was geht es wirklich?

Stellen Sie sich vor, man würde ein Auto verkaufen wollen. Jetzt kann man hier lange über einen Autotyp, Zusatzteile wie Winterreifen oder eine Dachbox etc. verhandeln. Die Frage ist aber, was will ein Kunde über den Gegenstand hinaus? Ist Statusdenken wichtig oder Freiheitsgefühl, gemeinsame Erlebnisse, Eleganz, Erholung oder Ruhe? Arbeiten Sie mit diesem individuellen Wert, erzeugen Sie ein zufriedenstellenderes Ergebnis und eine gute Verhandlung wird wahrscheinlich! Ähnlich könnte ein Arbeitszeitgespräch verlaufen. Wenn eine Person mit reduzierten Zeiten arbeiten will und das für die Arbeitgeberseite wirklich problematisch wäre, ist das um die Stunden zerren nur limitiert erfolgversprechend. Versuchen wir hingegen, die Hintergründe zu verstehen, können sich komplett neue Wege eröffnen: von der Arbeitsumverteilung, mobilem Arbeiten bis hin zu technologisch gestützten Kompensationsmöglichkeiten wird vieles denkbar.

Diese oberflächlichen Beispiele sollen kurz aufzeigen, dass eine gute Verhandlung vor allem eines schafft: Zugang zu den Interessen aller Beteiligten und damit kreativere Lösungen! Anstatt unser Gegenüber mit unseren Argumenten in Grund und Boden zu reden, wollen wir es verstehen. Wir stellen mehr Fragen, hören besser zu und erkennen damit Möglichkeiten und Chancen, die zuvor noch nicht einmal denkbar waren. Auf diese Weise werden Verhandlungen zu richtigen Kreativitätstools!

Wie geht das?

Als erstes einmal darf gesagt sein: Verhandeln ist wie Erste Hilfe. Sie können nur eine Sache falsch machen: es nicht zu probieren! Hören Sie zu und stellen Sie Fragen! Wer gegen diesen Grundsatz verstößt, hat übrigens einiges mit Leonardo da Vinci und Kodak gemeinsam. Da Vinci erfand die Flugmaschine. Kodak hatte das erste Patent auf eine Digitalkamera und das erste Patent für eine serienmäßig fertigbare Digitalkamera. Doch beide waren am Durchbruch dieser Technologien nicht beteiligt! Sie waren zu früh dran. Wenn Sie Ihre Argumente dem Gegenüber an den Kopf werfen, ohne auf dessen wirkliche Bedürfnisse einzugehen, wird es Ihnen ähnlich ergehen. Dann sind die Argumente weg und haben kaum Effekt. Im schlimmsten Fall werden diese zum Bumerang und das Gegenüber mauert. Hier sind wir beim Punkt Emotionen. Wieder zurück zum Einkaufen. Gehen wir hungrig einkaufen, landen viele Dinge im Wagerl, die erstens gar nicht notwendig wären und zweitens dann oft im Kühlschrank vergessen und schlecht werden. Emotionen zeigen uns, dass uns etwas gerade wichtig ist. Wenn wegen dieser aber Denkblockaden und irrationales Verhalten aufkommen, blockieren Sturheit und Engstirnigkeit unser offenes Denken. Dazu gehört auch, dass wir uns zu ärgern beginnen, wenn unsere Ideen nicht angenommen werden. Wenn wir dem Gegenüber zuhören und damit Wertschätzung zeigen, wird sich die Person automatisch öffnen. Verbinden wir unsere Argumente dann mit denen der anderen Seite, voilà: wirkliches Win-win! ■■■

ZUSAMMENFASSUNG

Gute Verhandlungsführung kann man lernen.

Wirklich gute Coaches und Berater werden keine Tricks versprechen, sondern eine wichtige Grundeinstellung vermitteln und mit dieser ein nachhaltiges Mindset schaffen.

Techniken, Tricks und Kniffe rundherum können hilfreich sein.

In jedem Fall führt eine gute Verhandlung weg vom Kampf zur gemeinsamen Gestaltung!

■ GASTHÄUSER

Lokale Wiederbelebungen

Ein Wirtshaus bringt Leben in einen Ort. Wenn sich aber kein Betreiber findet, muss die Gemeinde selbst tätig werden. [🔗 VON HELMUT REINDL](#)

Das Problem ist altbekannt: Nicht erst seit der Pandemie schließen in vielen Gemeinden Gasthäuser. Das wirkt sich auf das soziale Leben im Ort aus, denn ein funktionierendes Lokal ist nicht nur ein Ort, an dem man Speis und Trank erhält, sondern auch ein sozialer Knotenpunkt. Das Fehlen eines Betreibers kann somit das soziale Gefüge der Gemeinschaft beeinträchtigen.

Auch für den Fremdenverkehr ist das Vorhandensein eines Lokals enorm wichtig. Gut geführte Restaurants können sogar nur für sich ein Anziehungspunkt für Besucherinnen und Besucher sein.

Aber was hilft dieses Wissen, wenn sich kein Betreiber findet, der das Risiko einer Betriebsgründung auf sich nehmen will? Oder wenn sich zwar ein Betreiber findet, aber kein Personal, das bereit ist, einen stressigen Job in der Gastronomie anzunehmen?

Die Landesregierung versucht zwar, dem Gasthaussterben mit der Wirtshausprämie gegenzusteuern, trotzdem stehen in vielen Gemeinden Lokale leer.

Das Wirtshaus der Genossen

Auch in der Marktgemeinde Hochneukir-

chen-Gscheidt in der Buckligen Welt stand man vor dem Problem, dass man keinen neuen Pächter für das Gasthaus finden konnte.

„Wir haben dann überlegt, welche Möglichkeiten wir haben. Leerstehen lassen? Das Haus wegreißen? Wohnungen hineinbauen?“, sagt Bürgermeister Thomas Heissenberger. Da man aber definitiv ein Gasthaus im Ort haben wollte, kam man auf die Idee, eine Genossenschaft zu gründen und das Lokal zu revitalisieren.

Das Interesse war groß. Derzeit hat die Genossenschaft etwa 600 Mitglieder, die gemeinsam rund 1.500 Anteile halten. Als Obmann der Genossenschaft fungiert Bürgermeister Heissenberger.

Das Lokal wurde mit viel Holz regionaltypisch eingerichtet und heißt nun „s’Hutwisch“, nach dem mit 900 Metern höchsten Punkt der Buckligen Welt.

Ziel ist es, mit dem Lokal das Dorfleben zu fördern. Es soll Treffpunkt für Jung und Alt sein. Neben 35 Sitzplätzen in Gaststube und Schankbereich gibt es mit dem „Gartenriegel“ einen Raum mit weiteren 70 Plätzen. Die Landjugend gestaltete den Gastgarten.

Eröffnet wurde am 6. Dezember 2023. „Vor



“Der Vorteil der Genossenschaft ist, dass man das finanzielle Risiko auf viele Personen aufteilt.”

Thomas Heissenberger
Bürgermeister von
Hochneukirchen-Gscheidt



Das Lokal in Hochneukirchen-Gscheidt wurde mit viel Holz regionaltypisch eingerichtet.



Bundespräsident Alexander Van der Bellen kam ins „s’Hutwisch“, um sich über das Genossenschaftsmodell zu informieren.

© Marktgemeinde Hochneukirchen-Gscheidt

„alle am Wochenende ist sehr viel los, aber auch unter der Woche sind wir mit der Auslastung zufrieden“, kann Heissenberger berichten. Im Februar stellte sich sogar allerhöchster Besuch ein: Bundespräsident Alexander Van der Bellen hatte von dem innovativen Modell erfahren und informierte sich bei einem Mittagessen.

Hat man also in Hochneukirchen-Gschaidt den Stein der Weisen gefunden, wie man ein Wirtshaus mit neuem Leben erfüllt?

„Nein. So kann man das nicht sagen“, meint Heissenberger. „Die Genossenschaft ist nicht das Geheimnis zum Erfolg, weil sie nur eine Rechtsform ist, die es ermöglicht, das Lokal zu betreiben. Grundsätzlich wäre auch eine GmbH möglich. Der Vorteil der Genossenschaft ist, dass man das finanzielle Risiko auf viele Personen aufteilt.“

Verantwortlich für den Erfolg sei das Team, das dahintersteht. Einerseits das Team, das in der Genossenschaft ehrenamtlich tätig ist und Verantwortung übernimmt, und andererseits das Team, das im Lokal tätig ist. Heissenberger: „Wir sind sehr froh, dass es uns gelungen ist, gutes Personal zu finden.“

Es ist also ein Irrglaube, wenn man meint, dass man mit der Gründung einer Genossenschaft alle Probleme gelöst hat. „Aber mit der Genossenschaft konnten wir viele Menschen mit ins Boot holen, die sich finanziell beteiligt haben. Und die Genossenschafter identifizieren sich auch mit dem Lokal. Da geht man dann quasi ins eigene Lokal essen oder feiert dort Geburtstag“, erklärt der Bürgermeister, warum er das Modell für gelungen hält.

Studie und Ausschreibung von Baubeginn

Während in Hochneukirchen-Gschaidt ein Lokal mit neuem Leben erfüllt wurde, gab es in Obermarkersdorf schon seit zwanzig Jahren keines. Die Ortschaft gehört zu Schratenthal, mit knapp 900 Einwohnern eine der kleinsten Städte Österreichs. In der dortigen Tourismusregion Retzer Land wird das Radfahren stark forciert.

„Wir merken sehr deutlich, dass den Besucherinnen und Besuchern wichtig ist, unterwegs attraktive Lokale zu finden“, berichtet Bürgermeister Stefan Schmid, warum man der Meinung war, dass man ein Wirtshaus braucht. Seit September vergangenen Jahres gibt es



Das „Franz Joseph“ in Obermarkersdorf wurde in einem Teil des ehemaligen Kindergartens errichtet.

nun in Obermarkersdorf wieder ein Lokal. Es trägt den klingenden Namen „Franz Joseph“, weil in der Mitte des Gartens eine Büste des Kaisers steht. Untergebracht ist das Gasthaus im Gebäude des Rathauses. Der früher dort angesiedelte Kindergarten wurde nach Schratenthal verlegt, sodass ein Leerstand drohte. Dies wurde nun mit dem Umbau zum Gasthaus verhindert.

„Bevor wir mit dem Umbau begonnen haben, haben wir ein Konzeptstudie machen lassen, ob es möglich ist, das Gebäude zu einem Gastronomiebetrieb umzubauen“, erläutert Bürgermeister Schmid.

Basierend auf der Studie wurden dann Parameter festgelegt – wieviel das Projekt kosten darf, was der Lokalbetreiber anbieten muss usw. – und eine Ausschreibung gemacht.

Schmid: „Die Ausschreibung war enorm wichtig, damit man der Bevölkerung kommunizieren kann, was geplant ist.“

Bereits vor Baubeginn lagen Angebote auf dem Tisch, sodass schon klar war, dass es einen Pächter geben wird. Der ganze Umbau hat dann rund 800.000 Euro gekostet.

Ideal war, dass der neue Betreiber nicht nur ein Vollprofi mit internationaler Erfahrung bei „Do&Co“ sowie in der Tourismushochburg Kitzbühel ist, sondern auch, dass er aus dem Ort stammt. Wie gut das Konzept ankommt, zeigt sich auch daran, dass sowohl die Kronen Zeitung als auch das ORF-Wirtschaftsmagazin „ECO“ über das Projekt berichteten. ■■■



© David Böjmer

👏 Die Ausschreibung war enorm wichtig, damit man der Bevölkerung kommunizieren kann, was geplant ist.



Stefan Schmid
Bürgermeister von
Schratenthal

Telenotarzt: Nachtbetrieb voller Erfolg

Das System Telenotarzt des Roten Kreuzes Niederösterreich zeigt Wirkung: Seit Jahresbeginn sind nicht nur alle Rettungsorganisationen eingebunden, das System ist bereits in Nachtbetrieb. Im Gespräch mit Initiator und Chefarzt Dr. Berndt Schreiner, Rotes Kreuz Niederösterreich.

Was bedeutet der Einsatz eines Telenotarztes? Welche Vorteile bringt diese Innovation für die Bevölkerung in Niederösterreich?

BERNDT SCHREINER: Der Einsatz innovativer telemedizinischer Techniken stellt eine Verbesserung der präklinischen Notfallversorgung und einen effizienteren Einsatz von damit verbundenen Personal- und Sachressourcen in Aussicht. Ziel ist es, dass das nichtärztliche Rettungsdienstpersonal am Einsatzort jederzeit in Echtzeit den Telenotarzt in den laufenden Versorgungsprozess einbinden kann. Um das zu erreichen, haben wir bereits vor mehr als zwei Jahren ein Pilotprojekt gestartet und sind seit Jänner im Echtbetrieb.

Das heißt, zu welchen Zeiten kann nun im Bedarfsfall ein Telenotarzt angefordert werden?

Seit Jänner können unsere Sanitäter zwischen 18 und 6 Uhr jederzeit auf diese zusätzliche Ressource zugreifen und den Telenotarzt aktivieren. Das betrifft aber nicht nur das

Rote Kreuz – mittlerweile arbeiten hier alle in Niederösterreich aktiven Rettungsorganisationen zusammen. Im Vorjahr konnten wir erfolgreich den Arbeiter Samariterbund, die Johanniter Unfallhilfe und den Sozialmedizinischen Dienst einbinden.

Das heißt, egal wo in Niederösterreich der Telenotarzt gebraucht wird, das System funktioniert bereits flächendeckend?

Ja, genau, flächendeckend und über alle Organisationen hinweg. Insgesamt konnten wir bereits mehr als 2.600 Mitarbeiter an 49 Stützpunkten ausbilden und 188 Fahrzeuge sind mit der erforderlichen Technik ausgestattet. Die Sanitäter können sich vor Ort mit dem Smartphone oder Tablet mit dem Telenotarzt verbinden. Dieser verfolgt – unabhängig vom eigenen Standort – vor dem Laptop oder Tablet den Einsatz und kann entweder Browser-basiert oder via App mit den Sanitätern kommunizieren und auf die notwendigen Daten zugreifen. Bei der Software handelt es sich um ein zertifiziertes Medizinprodukt, das zudem auch die notwendigen Voraussetzungen für den notwendigen Datenschutz schafft.

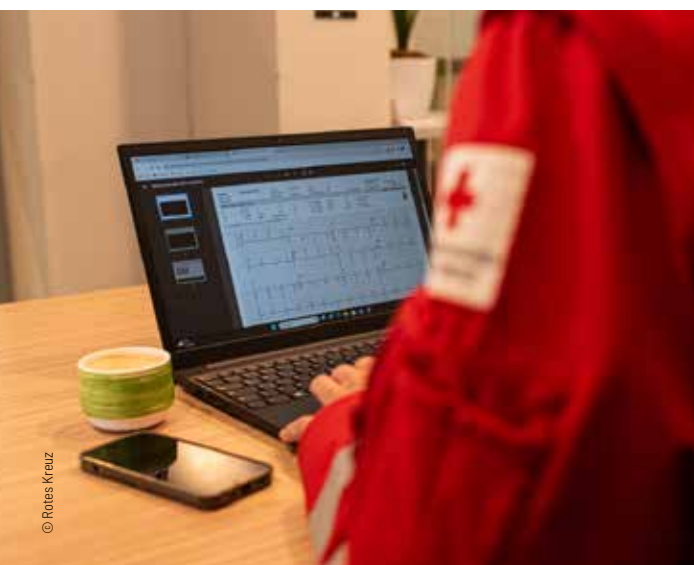
Wie muss man sich das als Patient vorstellen? Aus welchen Gründen wird der Telenotarzt gerufen?

Hinzugezogen wird der Telenotarzt vor allem dann, wenn es etwa um die Beratung und Unterstützung der Sanitäter bei nicht kritischen Patienten geht. Aber auch, wenn sich der Zustand von Patienten plötzlich verschlechtert, kann dieses System das Intervall bis zum Eintreffen des nachgeforderten Notarztes verkürzen. Das Hauptgewicht bei den Einsätzen liegt aktuell in der EKG-Beurteilung, außerdem wurden bereits mehrere Einsätze durch den Telenotarzt betreut und begleitet, während ein Patient ins Krankenhaus gebracht wurde.

👉 **Das Hauptgewicht** bei den Einsätzen liegt aktuell in der EKG-Beurteilung.



Berndt Schreiner
Chefarzt des Roten Kreuzes
Niederösterreich



Seit Jänner können Sanitäter den Telenotarzt aktivieren.



Aber wie weiß ich als Patient, wenn ein Telenotarzt konsultiert wird?

Unsere Sanitäter holen immer das Einverständnis des Patienten ein, wenn der Telenotarzt zugeschaltet werden soll. Wir reden hier nicht von kritischen Notfällen sondern vielmehr von Unterstützungsleistungen, um beispielsweise den Patienten im Eigenheim belassen oder aber bei einer kritisch werdenden Situation schnell Kompetenzen beiziehen zu können.

In Deutschland wird dieses System ja bereits seit längerer Zeit verwendet. Wie sieht es hier in Österreich aus?

Der Start erfolgte hier in Niederösterreich, mittlerweile wird auch in der Steiermark ein Telenotarztsystem aufgebaut – und das Rote Kreuz Salzburg testet derzeit unser System. Wir sind hier in sehr enger Abstimmung und haben auch bereits die erste Gruppe an Sanitätern eingeschult.

Was sind nun die nächsten geplanten Schritte?

Aktuell arbeiten wir an der mittel- bis langfristigen Finanzierung des Systems. Auf Dauer gesehen soll der Telenotarzt ganztags zur Verfügung stehen, das bedeutet aber auch, dass die Kosten dafür gedeckt sein müssen. Hier führen wir aktuell intensive Gespräche.

ERGEBNISSE

Erste Ergebnisse Telenotarzt

Die Ergebnisse zeigen in jeder Richtung positive Entwicklungen und somit eine klassische win-win-Situation.

Für die Patienten

- › eine schnellere notärztliche Hilfeleistung
- › Support beim Finden des Best Point of Service
- › Beruhigung und Sicherheit bei Belassungen

Für die Notärzte und Notärztinnen:

- › weniger Fehleinsätze von Notarztmitteln
- › weniger unterfordernde Einsätze

Für die Sanitäter

- › Verständigungsannahme/Beratung bei Anwendung von Notfallkompetenzen
- › bessere Routine der Sanitäter bei Arzneimittelgaben und Venenpunktion
- › Unterstützung bei Entscheidungen zur Belassung des Patienten

Hinzugezogen wird der Telenotarzt vor allem dann, wenn es etwa um die Beratung und Unterstützung der Sanitäter bei nicht kritischen Patienten geht.

“ Auf Dauer gesehen soll der Telenotarzt ganztags zur Verfügung stehen.



EVENT

Im Autobus erfahren, wie Gemeinden effizienter werden

Der NÖ Gemeindegewand lud zu einer Informationsveranstaltung in neuem Format: In Autobussen sitzend, konnten sich Interessierte zu aktuellen Themen informieren und mit den Referenten diskutieren. [VON HELMUT REINDL](#)

„Wir haben nicht eingeladen, um zu jammern, sondern weil wir täglich darüber nachdenken müssen, wie wir unsere Gemeinden effizient verwalten“, erläuterte NÖ Gemeindegewand-Präsident Johannes Pressl zu Beginn der Veranstaltung in der N-BUS-Remise in St. Pölten. Wichtig sei dabei, sich an Benchmarks zu orientieren. „Gemeinden können viel voneinander lernen“, meinte Pressl. „Natürlich kann man nicht alles vergleichen, weil Gemeinden nun einmal sehr verschieden sind und unterschiedliche Strukturen haben, aber gewisse Segmente der Gemeindeverwaltung lassen sich durchaus vergleichen.“ Als Beispiel nannte er die Kinderbetreuung, wo man die Kosten, die pro Kind anfallen, leicht errechnen könne.

Das Format

In neun stehenden Bussen konnten die Teilnehmenden Vorträge von Expertinnen und Experten anhören. Danach konnte der Bus – und somit auch der Vortragende – gewechselt werden.

Jeder Experte hielt seinen Vortrag zweimal hintereinander. Somit konnten insgesamt vier Referate angehört werden.

Aufgrund der derzeit schwierigen Lage vieler Gemeinden standen Finanz- und Wirtschafts-

themen im Vordergrund, aber es gab auch Vorträge zu Kooperationen, zum Thema Führen oder auch – zur vorrösterlichen Zeit passend – zum Fasten.

Der Minister als Bürgermeister

Auch Innenminister Gerhard Karner zeigte Interesse an dem neuen Format. In seinen Grußworten berichtete er über seine Zeit als Bürgermeister von Texingtal: „Von den Erfahrungen, die ich da gemacht habe, konnte ich viel in meine jetzige Funktion mitnehmen.“ Bevor er Innenminister wurde, informierte er seinen Amtsleiter. „Der hat zu mir gesagt: Du kannst das machen, aber nur, wenn du es wegbringst, dass wegen einem Volksbegehren immer jemand am Samstag im Gemeindegewand sein muss.“ Das sei gelungen. „Es ist aber leider so, dass der hohe Kostenersatz dazu geführt hat, dass Volksbegehren für manche Initiatoren zu einem Geschäftsmodell geworden ist.“ Eine Aufgabe für die nächste Regierung.

Karner appellierte an die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die gemeindeeigene IT auf Angriffe von Hackern vorzubereiten. Zuletzt sei Korneuburg glimpflich davongekommen, weil die Stadt bereits im Vorfeld Sicherheitsmaßnahmen ergriffen und Backups erstellt habe. ■■■



“ Von den Erfahrungen, die ich als Bürgermeister gemacht habe, konnte ich viel in meine jetzige Funktion mitnehmen. ”



Gerhard Karner
Innenminister





 Fotos & Videos



Präsident Johannes Pressl mit den Vortragenden.

ALLE FOTOS © Markus Berger



Pfarrer Emeka Emeakaroha sprach über das Thema Fasten.



Andreas Schögl von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BDO gab Steuertipps.

Für Ihre Gemeinde, für unsere Umwelt. Kommunalbauten zum Wohlfühlen.

Holzmassivbauweise
Niedrigstenergiehausstandard

Neugierig geworden? → ged-wohnbau.at

GED PROJEKT

Referenzprojekt Kindergarten in Ternitz/ Pottschach

BOOM AN ANTRÄGEN

NÖ Wirtshaus-Paket ist eine Erfolgsgeschichte



© NLK / Burchhart

Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner:
„Das Paket stärkt nicht nur die Gastgeberinnen und Gastgeber in Niederösterreich, sondern setzt auch einen wichtigen Impuls für die Bauwirtschaft und Handwerksbetriebe, die in wirtschaftlich anspruchsvollen Zeiten dringend Unterstützung benötigen.“

Seit 1. Jänner können Gastronominnen und Gastronomen um Förderungen im Rahmen des neuen Wirtshauspakets ansuchen. Damit werden Gastgeberinnen und Gastgeber, die ihren Betrieb modernisieren oder neue Wirtshäuser eröffnen, unterstützt – mit Erfolg, denn das Paket hat einen regelrechten Boom erlebt.

Das Ziel des Pakets, Wirtinnen und Wirte zu unterstützen, Investitionen zu erleichtern und dadurch zusätzlich die Bauwirtschaft anzukurbeln, wurde bereits in den ersten zwei Monaten erreicht. Mit 175 eingereichten Projekten aus ganz Niederösterreich ist der Großteil des vier Millionen Euro umfassenden Pakets bereits ausgeschöpft. Dabei wurden Investitionen in Höhe von über 20 Millionen Euro ausgelöst. Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner zeigt sich von der positiven Resonanz beeindruckt: „Ein Boom an Anträgen und umfangreiche Investitionsvorhaben – unser Wirtshaus-Paket ist eine Erfolgsgeschichte. Das Paket stärkt nicht nur die Gastgeberinnen und Gastgeber in Niederösterreich, sondern setzt auch einen wichtigen Impuls für die Bauwirtschaft und Handwerksbetriebe, die in wirtschaftlich anspruchsvollen Zeiten Unterstützung benötigen.“

Matthias Zauner, Landesgeschäftsführer der Volkspartei Niederösterreich, hebt hervor:

„Niederösterreich ist ein Kulturland. Dazu gehört auch eine gute Ess- und Trinkkultur. In den letzten Jahren ist es jedoch schwieriger geworden für Wirtinnen und Wirte. Daher ist es erfreulich, dass das Wirtshaus-Paket ein Motor für eine lebendige Gastronomie ist, das auch die Gemeinschaft und das soziale Zusammenleben in den Gemeinden stärkt – So funktioniert Niederösterreich.“

Die eingereichten Projekte decken eine Vielzahl von Vorhaben ab, darunter die Neugestaltung von Gaststuben, die Attraktivierung von Speisesälen und Außenbereichen sowie die Modernisierung von Küchen und Gästezimmern. Insgesamt ist das Wirtshaus-Paket nicht nur eine finanzielle Unterstützung für die Gastronomiebetriebe, sondern auch ein Symbol für den Zusammenhalt und die Innovationskraft der niederösterreichischen Gastgeber. Mit diesem Erfolg ist klar: Die Zukunft der niederösterreichischen Gastronomie ist vielversprechend und voller Möglichkeiten. ■■■

👉 Niederösterreich ist ein Kulturland. Dazu gehört auch eine **gute Ess- und Trinkkultur.**



Matthias Zauner
Landesgeschäftsführer der Volkspartei Niederösterreich



gemdatnoe Fachmesse 2024

SAVE THE
DATE



14.-15. Mai 2024

📍 GABRIUM
Maria Enzersdorf, NÖ

2 Tage voller Innovation und Expertise

Verpassen Sie nicht die Gelegenheit, bei der gemdat Niederösterreich Fachmesse dabei zu sein und verschaffen Sie sich einen umfassenden Einblick in unser modernes Produkt- und Dienstleistungssortiment. Wir sehen uns am 14. und 15. Mai 2024 im GABRIUM Maria Enzersdorf, Niederösterreich!

Bürgermeister:innen, Amtsleiter:innen sowie Gemeindemitarbeiter:innen aus Niederösterreich sind herzlich eingeladen, sich bei unseren Informationsständen aus erster Hand über die neuesten Highlights und Entwicklungen unserer digitalen Produkte und Dienstleistungen zu informieren und beraten zu lassen. Freuen Sie sich auf eine breite Palette spannender Fachvorträge, präsentiert von führenden Expert:innen der IT-Branche sowie von unseren Fachexpert:innen. Sie erfahren alles über die neuesten Innovationen und Trends aus den Bereichen IT und Sicherheitstechnik.

Schwerpunkte liegen dabei vor allem auf der Digitalisierung der Bürgerkommunikation mit Programmen wie meinAmt, GEM2GO und fundamt.gv.at, sowie auf den zentralen Lösungen der Kommunalverwaltung wie k5 Finanzmanagement, k5|next Wahl und Wahltag sowie k5 ELAK. Sie erhalten einen aktuellen Überblick zu den Themen Datensicherheit und Datenschutz, Sicheres Meldeamt und Rechnungskreislauf. Auch am Thema künstlicher Intelligenz führt mittlerweile kein Weg im IT-Alltag vorbei.

Testen Sie unsere digitalen Systeme direkt vor Ort an den unterschiedlichen Produktständen und profitieren Sie von persönlicher Beratung durch unsere Fachexpert:innen. Wir freuen uns, Sie auch heuer wieder auf unserer gemdatnoe Fachmesse zu begrüßen und von unserem Know-how in IT-Sicherheit, Datenschutz und Digitalisierung zu überzeugen!

Exklusiv-Förderungen für Webinare & Seminare sichern

Dank Förderungen kann beim Besuch von Veranstaltungen der Akademie 2.1 Geld gespart werden.

Gemeinsam mit dem NÖ Gemeindebund und den Teilorganisationen der Volkspartei Niederösterreich wurden exklusive Förderungen für Mitglieder vereinbart. Wie hoch die Unterstützung beim jeweiligen Webinar oder Seminar ist, wird direkt bei der Seminarbuchung unter „Förderungen“ beschrieben – einfach beantragen und nach Erhalt der Rechnung die Überweisungsbestätigung gemeinsam mit der Teilnahmebestätigung einreichen!

Seminar-Empfehlungen für den Bereich Recht & Online

Mit dem Seminar „Klagen oder geklagt werden? Was darf auf Social Media gesagt werden?“ am 20. April sowie „Rechte & Pflichten als Bürgermeister – Update“ am 23. Mai gibt es zwei Formate, wo Experten der Akademie 2.1 anhand von ausgewählten Praxisbeispielen erläutern, worauf zu achten ist und welche Möglichkeiten die Rechtsordnung im täglichen Gebrauch bietet.

Jetzt unverbindlich registrieren: Kommunalmanager-Lehrgang 2024/25

Ab sofort können sich Interessierte in der Akademie 2.1 für den kommenden Kommunal-

manager-Lehrgang unverbindlich registrieren. Der Lehrgang wird so gestaltet werden, dass er mit dem Gemeinderatswahlkampf vereinbar ist. Jedenfalls ist er die beste Vorbereitung für eine Spitzenfunktion (z. B. GGR, VBGM, BGM) in der Gemeinde.

Das zeigt ein Auszug aus dem Curriculum, denn mit den Bereichen „Finanzhaushalt & Projektfinanzierung“, „Resilienz“, „Kommunales Projektmanagement“, „Rhetorik“, „Teamführung & Umgang mit Konflikten“ werden viele brisante Themenbereiche behandelt!

Anmeldung bitte per E-Mail an office@akademie21.at.



SEMINARE UND WEBINARE

- 16.4. Webinar: 1 x 1 der Pressearbeit –**
Seminar: Baurecht & Raumordnung anhand praktischer Beispiele
- 20.4. Seminar: Klagen oder geklagt werden?**
Was darf auf Social Media gesagt werden?
- 24.4. Webinar: Vergaberecht für Gemeinden –**
Dos and Don'ts
- 29.4. Webinar: 1 x 1 der Pressearbeit –**
Hilfreiche Tipps & Tricks
- 4.5. Webinar: Der Prüfungsausschuss II**
(Advanced)
- 6.5. Seminar: Du suchst Kandidaten für die GRW? Optimierte deine Zielgruppenansprache!** (GPO-Spezial)
- 15.5. Webinar: KI – das Hilfsmittel in der Bürgerkommunikation**
- 23.5. Seminar: Rechte & Pflichten als Bürgermeister – Update** (BGM-Spezial)
- 28.5. Webinar: Finanzhaushalt der Gemeinde** (Basic)
- 13.6. Webinar: Veranstaltungen am Puls der Zeit – nachhaltig & green**
- 18.6. Seminar: Du suchst Kandidaten für die GRW? Optimierte deine Zielgruppenansprache!** (GPO-Spezial)
- 26.6. Webinar: Gemeindeordnung I –**
Organe der Gemeinde (Basic)



SERVICE

WhatsApp-Broadcast der Akademie 2.1

Die Bildungsakademie bietet als Informationskanal einen WhatsApp-Dienst an. Wer unregelmäßig, aber gezielt Informationen zum Programm, den Lehrgängen oder den aktuellen Aktionen erhalten möchte, sollte sich unbedingt anmelden:

1. Schritt:
0664/884 715 48 als „Akademie 2.1“ im Handy speichern

2. Schritt:
WhatsApp-Nachricht mit Vor- und Zunamen senden

Information

Akademie 2.1
02742 / 9020 - 1620
office@akademie21.at
www.akademie21.at

EU-PROJEKTFÖRDERUNGEN UND VERGABEVERFAHREN

Praxistipps zur Vermeidung von Förderkürzungen

Insbesondere bei EU-geförderten Projekten ist eine korrekte Auftragsvergabe und Projektabwicklung unerlässlich. Bei der Nichteinhaltung der maßgeblichen Regelungen droht eine Finanzkorrektur der vergebenen EU-Fördermittel. Je nach Art und Schweregrad der festgestellten Unregelmäßigkeit kann eine teilweise oder sogar vollständige Streichung der Fördergelder durch die Prüfbehörden erfolgen.

Um Förderkürzungen zu vermeiden und um das Projekt korrekt abzuwickeln, sind insbesondere folgende Aspekte zu beachten:

- Die Einhaltung der maßgeblichen Bestimmungen des BVergG 2018 sind bei geförderten Projekten unerlässlich, da ein Verstoß gegen das Vergaberecht eine Finanzkorrektur von bis zu 100 Prozent zur Folge haben kann. Aspekte wie die korrekte Verfahrenswahl, die Einhaltung von Veröffentlichungs- und Transparenzpflichten oder auch die korrekte Spezifikation und Anwendung von Eignungs-, Auswahl- und Zuschlagskriterien sind zur Vermeidung von Finanzkorrekturen zwingend zu berücksichtigen. Wesentlich ist auch die Einhaltung gesetzlicher Fristen und die vollständige Dokumentation des Vergabeverfahrens.
- Bestimmungen über vergaberechtliche Verstöße, die zu Förderkürzungen führen können, sind in den Leitlinien zur Festsetzung von Finanzkorrekturen der Europäischen Kommission enthalten. Darüber hinaus sind die jeweiligen Vorgaben bzw. Rechtsgrundlagen des konkreten Projektes zu beachten.
- Häufige Fehlerquelle sind auch Direktver-



© contrastwerkstatt - stock.adobe.com

gaben: Während das österreichische Vergaberecht öffentlichen Auftraggebern großzügigen Handlungsspielraum bei der Durchführung von Direktvergabeverfahren überlässt, enthalten die Förderbestimmungen meist deutlich strengere Bestimmungen.

- Durch die Vielzahl an Förderprogrammen bestehen zahlreiche unterschiedliche Regelungen. Empfehlenswert ist es daher, sich mit dem Förderprogramm frühzeitig auseinanderzusetzen und bereits in der Antragsphase eines Projektes mit der zuständigen Förderstelle in Kontakt zu treten. ■■■



Kontakt

Schramm Öhler
Rechtsanwälte
Herrengasse 3-5,
3100 St. Pölten

- kanzlei@schramm-oebler.at
- 02742/222 95



schramm-oebler.at

Schramm Öhler Rechtsanwälte
3100 St. Pölten, Herrengasse 3-5SCHRAMM ÖHLER
RECHTSANWÄLTE

Ihre Projekte. In sicherer Hand.

ökologisch.

wirtschaftlich.

handeln.

Die Partner für kommunale
Entscheidungssträger in Österreich

DIREKT INS HAUS GELIEFERT

Hilfswerk-Menüservice macht den Alltag leichter

Als zuverlässiger Partner der Gemeinden liefert das Hilfswerk-Menüservice Speisen bis zur Haustür. Einkaufen und kochen sind nicht notwendig, und die Auswahl ist wirklich groß.

Seit vielen Jahren ist das Menüservice eine wertvolle Ergänzung zu den mobilen Pflege- und Betreuungsdiensten des Hilfswerk Niederösterreich. Und es ist für viele Gemeinden eine ideale Ergänzung zum bestehenden lokalen Verpflegungsangebot.

Wöchentlich wird eine Auswahl an Mahlzeiten direkt ins Haus geliefert – ob Privathaushalte, Firmen, Kinderbetreuungseinrichtungen oder Schulen. Die Speisen sind tiefgekühlt und werden, je nach Belieben, aus dem Tiefkühlfach genommen und erwärmt. Das Sortiment ist riesig, die Speisen sind von hoher österreichischer Qualität, ohne künstliche Zusätze und natürlich palmölfrei zubereitet. Mit der neuen zu 100 Prozent recyclebaren BIOPAP®-Schale ist das Menüservice jetzt auch noch umweltfreundlicher.

Das Hilfswerk hat zwei Top-Angebote für Ihre Gemeinde:

1. Das „Restaurant zuhause“

Als praktische Ergänzung zu bestehenden Angeboten – zum Beispiel für Randgebiete oder für Menschen mit speziellen Ernährungs-

bedürfnissen. Die Genießer haben die freie Wahl zwischen fertig zusammengestellten, sehr preiswerten Hilfswerk-Wochenmenüs und „à la carte“ mit über 100 Gerichten. Es wird direkt an die Haushalte zugestellt. Auch Diätmenüs, Diabetiker- und Leichtkost sind im Angebot. Und je nach Saison gibt es immer wieder neue Schmankerl. Der neue Katalog mit dem gesamten Angebot kann ab sofort angefordert werden. Übrigens: Das Menüservice beliefert auch kleine und mittlere Betriebe, und auch für die „Home office-Kantine“ zuhause werden die Angebote gerne genutzt.

2. Mittagstisch für Kindergärten und Schulen

Schon ab zwei Portionen täglich werden auf Wunsch individuelle Lösungen angeboten. Ab 20 Portionen täglich: Der Menüplan wird kindgerecht gestaltet und mit frischem Salat, Obst und Milchprodukten ergänzt. Die Gerichte werden portionsweise bestellt und abgerechnet. Dazu kommt ein umfassendes Serviceangebot: Keine Zustellgebühr; die Geräte zur Lagerung und Aufbereitung werden kostenlos zur Verfügung gestellt; und die Mitarbeiter*innen der pädagogischen Einrichtungen werden vom Hilfswerk eingeschult. ■■■

i Info

Einfach bestellt. Kostenlos geliefert. Schnell zubereitet. Und kein organisatorischer oder finanzieller Aufwand für die Gemeinde!

Fordern Sie Prospektmaterial für Ihre Gemeinde an. Gerne kommt das Menüservice auch für eine Verkostung zu Ihnen!

Info und Bestelltelefon:
05 9249 80800
menueservice@noe.hilfswerk.at



Hilfswerk Menüservice
JETZT NEUEN KATALOG BESTELLEN

Hilfswerk Menüservice
IM RESTAURANT ZUHAUSE

Guten Appetit!

HILFSWERK



„Girls in Politics“ – Einblicke in die Gemeindepolitik für Mädchen und junge Frauen

Unter dem Motto „Girls in Politics“ starten die Wir Niederösterreicherinnen eine Initiative, um Mädchen und jungen Frauen Einblicke in die Gemeindepolitik zu ermöglichen.

„Frauen sind in vielen Bereichen der Gesellschaft stark unterrepräsentiert – so auch in der Politik. Wir möchten gegensteuern und Mädchen und Frauen Mut machen, politische Verantwortung zu übernehmen und sich politisch zu engagieren“, betont Landesobfrau LAbg. Silke Dammerer. Anlässlich des „Girls Days“ am 25. April erhalten interessierte Mädchen und junge Frauen die Möglichkeit, einen Tag lang Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern bei ihrer Arbeit zu begleiten. Ziel ist es, ihnen die vielfältigen Aufgaben und Themenbereiche innerhalb der Gemeindepolitik näherzubringen.

Bundesratspräsidentin und Bürgermeisterin Margit Göll ist es auch ein besonderes Anliegen, Frauen in der Politik zu bestärken: „Wir müssen den Frauen Mut machen. Man kann alles erreichen, wenn man seine Ziele verfolgt.“ In diesem Zusammenhang veranstaltete sie kürzlich ein Event am Internationalen Frauentag zum Thema „Frauen sind Mutmacherinnen“. Dabei sprachen unter anderem Frauen aus der Politik über ihren

Werdegang und teilten ihre Erfahrungen. Die Unterstützung für Frauen in der Politik kommt auch vom Gemeindebund, der verschiedene Hilfestellungen von Rechtsberatung bis zur Förderung der Vereinbarkeit von Familie, Beruf, Freizeit und Politik bietet. Als stellvertretende Präsidentin des NÖ Gemeindebundes unterstützt Bürgermeisterin Brigitte Ribisch ebenfalls das Engagement von Frauen in der Politik. Sie unterstreicht: „Junge Menschen müssen von Anfang an erleben, dass Frauen und Männer verschiedene Rollen in der Politik einnehmen können, um selbst auch den Mut zu fassen.“ Unsere Bemühungen konzentrieren sich darauf, Mädchen und junge Frauen zu ermutigen und sie zu unterstützen, damit sie die Politik kennenlernen und sich aktiv einbringen.“ ■■■



Kontakt

Wir Niederösterreicherinnen-ÖVP Frauen
LGF Mag Dorothea Renner
dorothea.renner@niederosterreicherinnen.at
02742/9020-6000.

Kostenlose Workshops zum Umgang mit Hunden



Der Verein „Tierschutz macht Schule“ betreibt seit 2006 bundesweite Tierschulbildung. Ziel ist es, bereits Kindern den richtigen, sicheren und verantwortungsvollen Umgang mit Tieren zu vermitteln. Für Volksschulklassen der dritten und vierten Schulstufe werden sogenannte „Wuffzack-Workshops“ angeboten, in denen die Kinder erfahren, wie sie richtig und sicher mit Hunden umgehen. Die Schülerinnen und Schüler lernen dabei, die Körpersprache der Hunde zu verstehen und üben richtiges Verhalten. Darüber hinaus erhalten die Kinder Tierschutzwissen als Basis für sichere Hundebegegnungen im Alltag, und eine gute Kind-Hund-Beziehung. ■■■



Information

www.tierschutzmachtschule.at

Für die teilnehmenden Kinder gibt es „Tierschutz macht Schule“-Armbänder.

IMPRESSUM

Herausgeber:

NÖ GEMEINDEBUND
(Kommunalpolitische Vereinigung - KPv)
3100 St. Pölten, Ferstlergasse 4
ZVR 959071656

Internet: www.noegemeindebund.at

Mit der Herausgabe beauftragt:

Landesgeschäftsführer Mag. Gerald Poysl

Medieninhaber:

Österreichischer Kommunal-Verlag GmbH,
1010 Wien, Löwelstraße 6,
Tel.: 01/532 23 88-0

Chefredakteur:

Mag. Helmut Reindl,
E-Mail: helmut.reindl@kommunal.at
Mitarbeit: Bernhard Steinböck, MSc., Oswald Hicker

Grafik: Österreichischer Kommunal-Verlag,
Thomas Max, E-Mail: thomas.max@kommunal.at

Anzeigenverkauf:

Tel.: 01/532 23 88-0
Martin Pichler, E-Mail: martin.pichler@kommunal.at
Martin Mravlak, E-Mail: martin.mravlak@kommunal.at
Oliver Vogel, E-Mail: oliver.vogel@kommunal.at

Hersteller:

Leykam Druck, 7201 Neudorf

Erscheinungsort: 2700 Wr. Neustadt

Auflage kontrolliert: 12.800 Exemplare.

Direktversand ohne Streuverlust

an folgende Zielgruppen in NÖ:

Mandatare und leitende Bedienstete in allen NÖ Gemeinden (Bürgermeister, Vizebürgermeister, Stadt- und Gemeinderäte, Ortsvorsteher und leitende Gemeindebedienstete). Alle NÖ Abgeordneten zum National- und Bundesrat sowie Landtag, alle Mitglieder der Landes- und Bundesregierung und alle Abteilungsleiter und deren Stellvertreter beim Amt der NÖ Landesregierung. Alle Bezirkshauptleute und deren Stellvertreter sowie alle Fachjuristen der Bezirkshauptmannschaften in NÖ. Alle Leiter und deren Stellvertreter der Gebietsbauämter in NÖ sowie alle Sachverständigen des Landes, der Bezirkshauptmannschaften und der Gebietsbauämter. Alle Bezirks- und Landesfunktionäre sowie leitenden Bedienstete der gesetzlichen Interessenvertretungen in NÖ (Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Arbeiterkammer) sowie alle Abteilungsleiter von Landesgesellschaften. Alle Funktionäre und Geschäftsführer von in NÖ relevanten Verbänden, Organisationen und Institutionen. Namentlich gezeichnete Artikel geben die Meinung der jeweiligen Autoren wieder und liegen in deren alleiniger Verantwortung. Persönlich gezeichnete Berichte müssen sich daher nicht mit der Auffassung des Herausgebers oder des Medieninhabers decken.



Produziert nach den Richtlinien des Österreichischen Umweltzeichens, Walstead Let's Print Holding AG, UW 808



Die bei uns geht was weiter **Bank.**

Die HYPO NOE finanziert mit Weitblick in Österreichs Gemeinden. Darum können auch kommende Generationen auf unsere innovativen kommunalen Lösungen bauen: vom Kindergarten bis hin zum Hochwasserschutz. Mehr dazu auf hyponoe.at